

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Fernsprecher Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Beilage oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, spätere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 222.

Freitag, den 22. September 1905.

12. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote“.)

Zweiter Tag.

Nachmittags-Sitzung.

Genä, den 19. September 1905.

Kurz nach 3 Uhr eröffnet der Vorsitzende Singer die Nachmittags-Sitzung mit der Verlesung einiger Begrüßungs-telegramme aus Aachen, Köln, Kiel usw.

Den Bericht der Mandatsprüfungskommission erstattet Wöhle-Strasbourg. Anwesend sind auf dem Parteitag 308 Teilnehmer, darunter 251 Delegierte mit 258 Mandaten, 40 Reichstagsabgeordnete ohne Mandat, die Mitglieder des Parteivorstandes und der Kontrollkommission — mit Ausnahme des erkrankten Gen. Offenbach —, Elzner als Vertreter der „Vorwärts“-Reaktion und Gerard als Vertreter des Hamburger Geschäftes; außerdem 11 Gäste von den ausländischen Bruderparteien. Angeföhrt ist nur das Mandat von Frau Wagner-Gymnich, die in einer öffentlichen Frauenversammlung ohne vorherige Benachrichtigung der Organisation gewählt worden ist; deswegen beantragt der Gymnich-Wahlkreis Ungültigkeitserklärung des Mandats, wofür Weber-Gymnich eintritt. Der Parteitag beschließt nach dem Antrage der Mandatsprüfungskommission, das Mandat für gültig zu erklären, aber das Verfahren der Gymnich-Genossinnen als unkorrekt zu tadeln.

Damit ist die Mandatsprüfung erledigt. Es wird in der Diskussion über den Vorstandsbericht und die dazu gestellten Anträge fortgefahren.

Trautwein-Mannheim behandelt ein in Mannheim schwebendes Ausschlußverfahren, in dem die Kontrollkommission abweichend von der Mannheimer Organisation entschieden hat.

Eckermann-Rathenow tadelt die Einrichtung der vom Parteivorstand ausgegebenen Fragebogen über die Organisation. Wollenbührs Referat habe die Empfindung erweckt, als ob wir in der Agitation im Verhältnis zu den Agrariern viel zu beschiden seien. Jedenfalls dürfe die Agitation gegen die Bucherzölle niemals erlahmen. Wollenbührs treffliches Referat werde für den Kampf gegen die neue Waffen liefern.

Scheidemann-Offenbach: Die Genossen aus Darmstadt und Mainz hätten versuchen sollen, sich zu entschuldigen, statt sich zu rechtfertigen. Denn außerhalb von Mainz und Darmstadt hat niemand ihr Verhalten gebilligt. In Darmstadt wurden drei ausgesprochene Schurkinnen auf die Liste unserer Partei genommen. (Hört! Hört!) Der Delegierte von Darmstadt sagte, die Nationalliberalen hätten unter allen Umständen geschwächt werden sollen. Aber inzwischen haben die Mainzer mit den Nationalliberalen. Da geht die „Mainzer Volkszeitung“, das offizielle Parteiorgan für beide Orte, in eine einzige Verlegenheit. (Heiterkeit.) Uebrigens behauptete, der Wahlkampf in Mainz sei doch prinzipiell geführt worden; aber das war ja gar nicht möglich. Der sehr zahme Wahlkampf begann mit den Worten: „Wieder ziehen die vier liberalen Parteien gemeinsam in den Kampf.“ Diese vier liberalen Parteien sind außer einem kleinen Kaufmann-Freiwirtschaftler und Demokraten in trautem Verein . . . Nationalliberalen und Sozialdemokraten. (Wissendes Hört! Hört!) Wie sollten wir da in Offenbach gegen das charakterlose Bündnis von Zentrum und Nationalliberalen kämpfen! Ich denke: wir bleiben bei unserer alten Taktik: Durch Kampf zum Steg! und sagen nicht: Durch Kuhhandel zum Mandat! (Beif. Beifall.)

Merkowksi-Katowik gibt eine Darstellung der Einlaufungsverhandlungen mit der polnischen sozialistischen Partei (P. P. S.).

Breccour-Kiel berichtigt den Vorstandsbericht dahin, daß in Kiel nicht zwei, sondern drei Stadtverordnete gewählt worden sind.

Schulz-Bremen: Wollenbühr hat gesagt, die Genossen sollten sich mehr mit einheimischen rednerischen Kräften begnügen und auf die alten bewährten Mittel zur Heranbildung von Rednern hingewiesen. Diese alten Mittel reichen für die heutige Zeit nicht aus. Ich bedaure mit Recht die mangelhafte theoretische Durchbildung unserer jüngeren Genossen. Die praktischen Tagesfragen müssen ja ihre Rolle spielen, aber die Hauptsache ist die prinzipielle Durchbildung. Ist diese vorhanden, dann ergibt sich die Stellung zu den praktischen Tagesfragen von selbst. Die sozialistische Bildung der Jugend liegt ganz brach. Es muß eine Anzahl theoretischer geschulter Kräfte ins Land geschickt werden, die die Durchbildung der jungen Genossen übernehmen. (Beifall.)

Abler-Kiel äußert Bedenken gegen den Beschuß in der Fleischnot-Resolution, der von den berechtigten Vorsichtsmassregeln gegen die Einfuhr kranker Viehspricht. Alle Sperrmassregeln werden mit diesen „Vorsichtsmassregeln“

begründet. Wir hätten bei unserm Protest diese Stelle ruhig weglassen können. Eine Aenderung der Resolution will ich aber nicht beantragen. Es genügt, wenn Wollenbühr im Schlußwort hervorhebt, daß wir gegen die agrarischen Vorsichtsmassregeln energisch Front machen.

Dr. David-Mainz: Genosse Scheidemann hat mit seinem Schluß einen starken Effekt erzielt; aber man soll doch den Genossen in Mainz und Darmstadt nicht vorwerfen, daß sie nach Mandaten jagen oder sich von persönlicher Streberlei leiten lassen. Wir kämpfen eben unter ganz anderen Verhältnissen als die Genossen in Norddeutschland. Bei gleichem Wahlrecht wie die Genossen in Preußen würden wir ebenso kämpfen. Aber in Hessen haben wir ein wildes Proportionalwahlrecht, das uns entweder zwingt, Namen auf der Liste freizulassen und damit der Korruption der Parteigenossen Tür und Thor zu öffnen oder mit den anderen Parteien Vereinbarungen zu treffen. Die Ludwigshafener haben sogar sämtliche bürgerliche Parteien in einem echten freiwilligen Beporz auf ihre Liste genommen. Wir in Mainz konnten aber mit dem Zentrum die uns angebotene Vereinbarung nicht treffen, weil wir in ihm die Hauptstütze für die städtische Verwaltung erblickten. Im nächsten Jahr nach den Landtagswahlen werden wir auf der Landeskonferenz ruhig und sachlich die Frage erörtern, wie unter diesem Wahlrecht einrichtliche Verhältnisse zu schaffen sind. Glauben Sie nur, daß die heftigen Genossen an Intelligenz und Parteithätigkeit keinem in Deutschland nachstehen.

Dr. Michels-Marburg: Während des Marokko-Konfliktes sind namentlich in der bürgerlichen Presse des Auslandes angebliche Äußerungen von sehr hochgestellten Parteigenossen verbreitet worden, die eine merkwürdige Auffassung von den militärischen Pflichten der Sozialdemokratie verrieten. Umsonst freute mich der Ruf aus proletarischem Herzen, den wir von hier aus nach Frankreich und England richten wollen, zum Ausdruck der Tatsache, daß das deutsche Volk und die deutsche Arbeiterschaft den Frieden will, auch gegen die Regierung. Ich wünschte nur, daß auch in der Resolution unter das Verbot gegen Jaures anstelle der unbestimmten Phrase „Krieg dem Kriege“ deutlich und klar wie in der Sympathiebezeugung an die englischen Arbeiter gesagt werde: daß wir entschlossen sind, unter Ausnutzung aller uns zu Gebote stehenden Kräfte den Krieg zu verhindern. Das ist umso notwendiger, als unsere recht laue Haltung im Marokkokonflikt im Auslande den Verdacht geweckt hat, als ob wir der abenteuerlichen Kolonialpolitik der Regierung, wenn auch nicht im Gänzen, so doch im Trabe folgen. Darum müssen wir mit äußerster Schärfe und Präzision sagen, daß wir noch immer auf dem alten Standpunkt von Karl Marx stehen, daß die nationalen Gegensätze durch die Entwicklung der wirtschaftlichen Gegensätze veraltet und überwunden sind, daß unsere Gegner nicht in Frankreich und England, sondern im eigenen Hause sitzen, in unseren herrschenden Klassen. Die Proletarier sind die wahren Possibilisten. Ihre stets wachsende Macht zwingt die Jüdisen, den Weg nach dem Haag zu gehen, den sie allein als gefunden hätten.

Ring-Offenbach: Wir haben durch unsere Sorglosigkeit den anscheinend sicheren Wahlkreis verloren. Aber wir arbeiten jetzt an seinem Wiedergewinn, organisieren mit gutem Erfolg auch das ländliche Proletariat und hoffen, daß wir bei der nächsten Wahl den Sprendlinger Dorfsatz Dr. Weder parlamentarisch nachschließen machen, denn wir halten es für eine Schmach, daß er unseren Wahlkreis vertritt. — Ueber die Darmstadt-Mainzer Wahlkompromisse sind auch wir sehr verärgert. Im ganzen Wahlkreis Offenbach kommt dergleichen nicht vor. Das Kompromiß wäre schon auf dem Landesparteitag verurteilt worden, wenn das Landeskomitee überhaupt darüber an ihn berührt hätte.

Ruhel-Berlin: Adler hatte nicht ganz Unrecht, als er den Satz von den Vorsichtsmassregeln in der Fleischnot-Resolution getadelt hat. Ob David das Verhalten der Mainzer Genossen bei den Stadtverordnetenwahlen gerechtfertigt hat, ist mir zweifelhaft. In jedem Jahre müssen wir uns über die Kompromisspolitik einzelner süddeutscher Organisationen beklagen. Das sollte endlich aufhören. David hat nicht gesagt, warum das, was in Offenbach möglich war, in Mainz unmöglich gewesen ist. In Preußen sind von uns hier und da Kompromisse angekrebt worden, es hat an den Gegnern, nicht an uns gelegen, wenn die Kompromisse gescheitert sind. Was Dr. Michels als Verbesserung der Resolution gegen das Verbot der ausländischen Genossen hingestellt hat, ist keine Verbesserung, sondern eine Verwässerung. Es scheint eine Sucht hier zu herrschen, bei jeder Resolution Aenderungen vorzuschlagen. Redner wünscht, daß in der Agitation die Frage der Soldatenmishandlungen noch mehr in den Vordergrund gestellt werde. (Beifall.)

Kohl-Karlruhe: Wir können vorläufig auf die Kommunalisierung der Fleischversorgung nicht rechnen; es besteht dabei auch die Gefahr, ebenso wie bei der Aufhebung des Oktrois, daß die Wäcker und Metzger, wenn sie

gut organisiert sind, den Vorteil davon an sich reißen. Schutz davor gewährt nur die Genossenschaft, auf die ich hier doch hinweisen wollte. — Das Verbot der hadischen Regierung gegen die Reden von Adler usw. war gefällig und verfassungswäßig ganz unzulässig, da auch nach bürgerlichen und amtlichen Berichten in Konstanz die größte Ruhe und Ordnung herrschte. Aber man folgte eben wie stets den Befehlen aus Berlin. (Sehr wahr!) Wir werden mit der hadischen Regierung im kommenden Landtag gründlich abrechnen.

Ziele-Hall: führt Klage, daß die bürgerlichen Provinzialblätter mit Neuigkeiten oft besser versorgt sind, als die Parteiblätter. Das komme von den zu geringen Redaktionsgebühren her. Die Mittel, ein Blatt aktuell und inhaltreich zu machen, müßten zur Verfügung gestellt werden. Eine Korrespondenz, die der ganzen Parteipresse tatsächliche Nachrichten schnell und sicher zuführen ließe, könne die Redakteure sehr entlasten, deren oft zu wenig angestellt werden. Jedenfalls sollten die Genossen den Forderungen der Redaktionen gegenüber nicht engherzig und nicht knauserig sein. Denn dürften wir bald fast der 2 Millionen Abonnenten auf Parteizeitungen 1 und vielleicht 3 Millionen haben.

Dr. David-Mainz: In Offenbach stehen die Genossen einer geschlossenen Koalition von Gegnern gegenüber. In Mainz aber genießen wir volle Gleichberechtigung und brauchen die Verhältnisse nicht unnötig zuzuspitzen. Der erste Grundsatz unserer Mainzer Taktik war der, in den Zentrumsturen einen Riß hineinzubringen. Zudem wir diesen Gegner schwächen, der ja einst unser letzter Gegner sein wird, indem wir unsere Mandate von 5 auf 10 vermehren, glauben wir für unsere Partei nützliche Arbeit geleistet haben.

Kieger-Spandau: Ziele hatte mit seinen Wünschen für die Ausgestaltung der Parteipresse sehr recht. Wir haben zu wenig Parteiblätter. In der Provinz Brandenburg existieren nur zwei Parteiblätter mit sehr großen Verbreitungsgebieten. An Unterstützungen hat die Partei nur noch 36 000 Mk. gezahlt. Doch bezuglich das nichts für ein besonderes Prosperieren. — Bei den Wahlen sollten wir auch meiner Meinung nach prinzipielle Propaganda treiben. — Die Annahme der Resolutionen hat nur Zweck, wenn wir auch wirklich entschlossen sind, ihnen mit allen Kräften zur Durchführung zu verhelfen.

Frau Fregel-Berlin fordert die Genossen zu noch regerer Verbreitung der „Gleichheit“ auf, zumal da jetzt auch das Zentrum eifrig unter den Frauen agitiere.

Scheidemann-Kassel polemisiert gegen David, der die Gegner der Partei ganz auffällig milde behandelt habe; ob koalitiert oder nicht, Gegner seien Gegner. David habe betnahe bedauert, daß in Hessen nicht das Dreiklassenwahlrecht herrsche. Im Gegenteil sei das heftige Wahlrecht hervorragend geeignet, einen rechten Klassenkampf zu führen. Der Schluß der vorigen Rede richtete sich nicht gegen die operativen Kandidaten in Mainz und Darmstadt, sondern gegen die, die das Kompromiß entriert haben und es jetzt zu recht fertigen versuchen.

Damit schließt die Debatte. Das Schlußwort

erhält Wollenbühr: Gegenüber dem Tadel der Hanauer Genossen gegen die Reichstagsaktion führt er aus, daß niemand hätte voraussehen können, daß die entscheidende Abstimmung über die Handelsverträge schon am 22. Februar stattfinden werde. Daß zu wenig Stimmen gegen die Handelsverträge abgegeben worden sind, liegt einfach daran, daß manche Wahlkreise, z. B. Hanau, ihren sozialdemokratischen Vertreter nicht wieder gewählt haben. Das Amendement Bernstein nehmen wir an; es verbessert die Resolution. Was die Bemängelung der Resolution zur Fleischnot angeht, so könnte vielleicht besser gesagt werden: vorbehaltlich der notwendigen, aber schon zu handhabenden Massregeln gegen die Seucheneinschleppungsgefahr. Michels entgegnete ich, daß nur vollkommene Ignoranten oder böswillige Menschen behaupten können, daß die deutsche Sozialdemokratie an Friedenliebe hinter irgend einer Partei des Auslandes auch nur um Haarebreite zurückgeblieben ist. In der Marokkofrage war unsere Agitation allerdings weniger laut, weil wir nicht ernsthaft daran glauben konnten, daß diese Frage zum Krieg führen könnte. Im übrigen aber ist die Sozialdemokratie fest entschlossen, alle Mittel anzuzuwenden, um den Ausbruch des Krieges zu verhindern. — Schulz meint, wir seien gegen früher verflacht. Vielleicht weiß er nicht so genau wie ich, wie das früher war. Da mußte jeder einmal reden. Konnten Drei je 20 Minuten reden, so wurden sie in eine Versammlung geschickt. Dadurch lernten sie alsbald 25 Minuten reden. (Große Heiterkeit.) Konnten sie es 30 Minuten lang, so wurden sie zu zweit in eine Versammlung geschickt. (Erneute Heiterkeit.) Wenn einer dann gleichsam Freischwimmer geworden war, das heißt, eine ganze Stunde reden konnte, wurden sie allein hinausgeschickt. (Große Heiterkeit.) Wer früher gesagt hätte, daß wir einmal eine so große Menge von Genossen haben würden, die fähig seien, zu schreiben und zu reden, wie wir sie jetzt haben, so hätten wir geantwortet: „Aber damit müssen wir ja die Welt erobern!“ (Heiterkeit)

und Zustimmung.) Doch ist die Partei seitdem so gewachsen, daß auch heute noch genau derselbe Mangel an Rednern und Schriftstellern besteht. (Sehr richtig!) Aber gerade deshalb dürfen wir unsere Aufgabe nicht im Kampf in den eigenen Reihen erblicken, sondern in dem Kampf nach außen hin. Erst wenn alle Gegner niedergeworfen sind, können wir uns den Luxus erlauben, in den eigenen Reihen zu rufen. (Schärfste Zustimmung.) Solange wir aber nicht soweit sind, müssen wir noch eifrig darauf hinarbeiten, die Individualisten aufzuklären und unseren Reihen anzuschließen. (Beifälliger Beifall.)

Der zweite Berichterstatter, Gerisch, verzichtet auf sein Wort.

Zum Bericht der Kontrollkommission hält Meißner gegenüber den Anstellungen in der Diskussion seine Darstellung der Fälle in Mühlhausen und Mannheim aufrecht. In der Abstimmung wird dem Vorstand einstimmig Decharge erteilt. Ebenso einstimmig werden die drei Resolutionen betr. die Fleischnot (mit der Wollensburger Abänderung), betr. die Friedenserklärung an die englischen Arbeiter (mit dem Amendement Bernstein) und betreffend das Verbot gegen Faures usw. (mit dem Amendement Michels) angenommen. Mit großer Mehrheit billigt der Parteitag das Verhalten des Parteivorstandes bei den Einigungsverhandlungen mit der B. B. S., wenn er auch das Scheitern der Einigungsverhandlungen lebhaft bedauert, sowie die Erklärung der Kontrollkommission in der Mühlhäuser Angelegenheit.

Abgeordneter Förster-Neuß J. L. hält das Referat über den nächsten Punkt:

**Bericht über die parlamentarische Tätigkeit.**  
In der Pass: sind Äußerungen laut geworden, daß das praktische Resultat der Reichstagsarbeiten der letzten Session ganz unbefriedigend war. In der Fraktion herrsche dieselbe Meinung. Es liegt ja im Wesen der Sache, daß der Reichstag nie etwas leisten wird, was uns voll befriedigt. Immerhin hat das Resultat der Wahlen und unsere Erfolge dabei ein Wirtrennen der bürgerlichen Parteien um die Gunst des armen Mannes, der Arbeiter, gezeigt in Form von einer Fülle von Resolutionen, die freilich zumeist in den Papierkorb gewandert sind. Die Unzufriedenheit in unseren Reihen mit dem Reichstag beruht zum Teil auf zu hochgepannten Erwartungen zum Parlamentarismus. So leicht läßt es sich der bürgerlichen Welt nicht abringen. Dazu müßten sich unsere Reihen noch wesentlich verstärken. Dann aber wird erst der eigentliche Kampf beginnen und zwar glaube ich nicht im Parlament, denn das wird man uns dann wohl schon verschlossen haben.

Molkzucht hat schon in zwei Punkten mich vertreten, er hat die Beschwerden darüber, daß bei wichtigen Abstimmungen eine Anzahl Fraktionsmitglieder gefehlt haben, auf das richtige Maß zurückgeführt und er hat unser Verhalten bei den Handelsverträgen behandelt.

Redner wendet sich nun den vorliegenden Anträgen zu. Die Parteigenossen in Heidelberg beantragen: Die Reichstagsfraktion möge dahin wirken, daß in absehbarer Zeit im Reichstage der Punkt 6 unseres Programms (Trennung des Staates von der Kirche) zur Verhandlung kommt. Die Parteigenossen des 4. sächsischen Wahlkreises beantragen: Der Parteitag beauftragt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, im Reichstag den Antrag auf Trennung der Kirche vom Staate einzubringen. Die Parteigenossen in Günsbach beantragen: Die Reichstagsfraktion aufzufordern, im Reichstag energisch die Herabsetzung der Altersgrenze vom 70. auf das 65. Lebensjahr im Altersversicherungsgesetz zu verlangen. Die Parteigenossen des 5. sächsischen Wahlkreises beantragen: In voller Würdigung der bisher von der Reichstagsfraktion für eine Reform des Militärstrafwesens entwickelten Tätigkeit ersucht der Parteitag die Fraktion, der Frage auch künftig besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und für eine Reform des militärischen Strafwesens wie für eine Reform des militärischen Strafvollzuges zu wirken. Die Parteigenossen in Frankfurt a. M. beantragen: In Anbetracht der überaus langen, jeder Kontrolle entbehrenden Arbeitszeit der ungelerten Arbeiter, besonders der Handelsreisenden, sowie überhaupt aller Transport- und Verkehrsarbeiter, wolle der Parteitag die Reichstagsfraktion ersuchen, bei Zusammentritt des Reichstages einen Gesetzentwurf einzubringen, durch welchen die tägliche Arbeitszeit der obengenannten Berufsstände zehn Stunden festgesetzt und die Sonntagsarbeit so weit als möglich eingeschränkt wird. Die Parteigenossen in Bremen beantragen: Der in Jena tagende Parteitag verpflichtet die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages, bei entscheidenden Abstimmungen im Reichstage vollzählig zu erscheinen. Die Parteigenossen in Straßburg-Land beantragen: In Anbetracht der zurückgebliebenen politischen und staatsrechtlichen Zustände Elsaß-Lothringens, sowie der unangenehmen wirtschaftlichen Verhältnisse der Bevölkerung, in Erwägung der Tatsache, daß von den bürgerlichen Parteien für den politischen Fortschritt des Landes, sowie auch für die wirtschaftliche Besserstellung der Bevölkerung nichts nennenswertes zu erwarten ist, fordert die am 3. September 1905 in Barmatz tagende Kreisversammlung der Vertreter des Kreises Straßburg-Land die Reichstagsfraktion auf, mehr wie bisher den parlamentarischen Maßnahmen betreffend Fragen ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden, durch direkte Anträge für das freie, gleiche und geheime Wahlrecht zum Landesauschuss einzutreten, sowie energisch eine Besserstellung der in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und kleinen Beamten zu fordern. Ed. Bernstein und Genossen beantragen: Der Parteitag leiste die Aufmerksamkeit des deutschen Reichstags durch die Reichsregierung, wie sie sich in neuerer Zeit immer deutlicher zeigt und insbesondere bei Fragen der auswärtigen Politik, wie der Marokko-Hatzel und die Stellungnahme zum russisch-japanischen Konflikt, jetzt wieder mit all ihren Schäden und Gefahren zu Tage getreten ist. Der Parteitag verurteilt diese nichtachtende Behandlung der gewählten Vertreter des deutschen Reiches auf das schärfste, indem er zugleich betont, daß sie nur die naturgemäße Folge der schwächlichen Haltung und fast aller nichtsozialistischen Parteien im Reichstag ist, die damit die Hauptverantwortung für die Rückkehr zum persönlichen Regiment im deutschen Reich tragen.

Redner hat gegen die Annahme der Anträge nichts einzuwenden, er betont nur, daß es sich dabei nicht um etwas neues handle, sondern um Forderungen, die stets und ständig von der Fraktion erhoben worden sind. Aus den Anträgen erhellt, daß sich die Fraktion in allen Punkten mit den Wünschen der Arbeiter eins weiß. Schließlich noch ein

paar Worte über die allgemeine Notlage. Die Verschwendungspolitik, die das ganze Tempo seit dem Regierungsantritt Wilhelm's II. angenommen hat, ist jetzt an einem Punkt angelangt, daß sie auch den bürgerlichen Parteien unbrüchlich wird. Es ist eine noch nicht dagewesene Finanzklemme eingetreten. Die Steuerlasten sind nicht mehr zu ertragen und wir werden gut tun, auf der Hut zu sein und mit einer Agitation dagegen einzusetzen. Die Finanzklemme wird eine permanente Erscheinung werden und wir werden sehr wirksam agieren können. Das Volk wird dabei wieder einmal ordentlich lebendig werden und die Fraktion wird es an Abwehrung nicht fehlen lassen. (Bravo!)

Hierauf wird die Sitzung abgedrochen und die Diskussion auf Mittwoch früh vertagt.

Auf dem Parteitag ist folgende Mitteilung verlesen worden:

Unter den Mitgliedern des Parteitages ist die Mitteilung verbreitet worden, der in dem Artikel des „Neuen Teufels“ (Nr. 38) abgedruckte, L. M. gezeichnete Artikel sei von dem Parteigenossen Franz M. Ehring feinerzeit geschrieben worden. Gegenüber dieser Mitteilung erklären die Unterzeichneten, daß der Artikel, wie auch aus seinem Inhalt hervorgeht, in der Redaktion des „Neuen Montagblattes“ und zwar von dem Redakteur Felix Mautner geschrieben worden ist.

Robert Wolff. Ernst Grenz. F. Geber. Karl Wuhl. Felix Seeger. F. Motzeler. Jean Frenzel. Mich. Spitzky. G. Debel. Georg Schöpflin.

(Die auf dem Parteitag verteilte Nummer des „Neuen Teufels“ enthält den Abdruck eines L. M. gezeichneten Artikels aus dem Jahre 1878 über das zweite Altentat auf Wilhelm I. Anmerk. d. Red.)

Ueber die Verhandlungen am Mittwoch vormittag liegt folgender telegraphische Bericht vor:

Singer tritt zu Beginn der Sitzung das Essener Wahleresultat mit. Der große Zuwachs der sozialdemokratischen Stimmen erregt großen Jubel. Singer dankt den Essener Genossen für das Hochhalten der Fahne und die Wahrung der Parteinteressen. Die Wahl sei wieder ein Beweis dafür, daß die Sozialdemokratie nicht im Rückgang begriffen sei.

Die Diskussion über den parlamentarischen Bericht, die danach wieder aufgenommen wird, bewegt sich in den gewohnten Bahnen. Es werden Wünsche geäußert nach schärferer Betonung der Soldatenmishandlungen, nach schärferer Verurteilung der Dänenerverfolgung.

Wennstein behandelt das Thema der steigenden Dynamik des Reichstags und die Verengung der Kompetenzen des Parlamentes, besonders aber der Opposition, wozu die Aktionskraft der Partei erheblich geschwächt wird.

Das Fehlen zahlreicher Abgeordneter der Partei bei der Abstimmung über die Handelsverträge wird von den Genossen Delegierten als ein Skandal bezeichnet. Mehrere Redner schließen sich dieser Beschwerde an.

Eine kleine Auseinandersetzung zwischen Wennstein einerseits und Wennstein, Stöckhagen andererseits über die Dynamik des Reichstages schließt die Diskussion.

Nach dem Schlußwort Försters werden die zu diesem Teil gestellten Anträge der Fraktion zur Berücksichtigung überwiesen.

Mich. Fijzer, Berlin hält darauf sein Referat über die Maßfeier.

Er konstatiert, daß zwischen gewissen Gewerkschaften und der Partei in der Frage der Maßfeier ein Gegensatz besteht. Die Partei habe die Maßfeier fortgesetzt radikal zu gestalten versucht, die Gewerkschaften aber seien für Abschwächung. Er wolle diese Gewerkschaften nicht tadeln, sondern überzeugen. In gewissen Fällen dürfe der Gewerkschaft nicht ausschlaggebend sein, aber die Beschäftigung mit den Kämpfen des Tages verleihe dazu, die Kämpfe der großen politischen Partei zu unterschätzen. Im Wesen der Gewerkschaften liegt ein gewisser Haug zur Partei. Die politische Partei hat die Verpflichtung, diese kleinen Auswüchse zu korrigieren. Ueber dem rechtlichen Standpunkt darf der ideale sozialistische nicht ausgeschaltet werden. In der Erziehung der Arbeiterklasse soll kein Gegensatz zwischen der Partei und den Gewerkschaften sein. Gerade bei der Maßfeier kann sich die Solidarität beider Organe der Arbeiterbewegung erweisen. Seine diesmahlige Resolution zeige eine Abänderung, die von der Generalkommission der Gewerkschaften gutgeheißen sei. Redner bittet unter anderem Beifall um die einstimmige Annahme der Resolution.

Es trat hierauf Schick der Vormittagsfraktion ein. Die Debatte über die Maßfeier beginnt Donnerstag früh, da Mittwoch nachmittag ein Ausflug des Parteitages nach Dornburg bei Jena stattfindet.

### Politische Streiflichter.

**Abgeblüht.** Wie unsern Lesern wohl noch in Erinnerung sein dürfte, war der deutsche Kronprinz als Besitzer der Kronlehnsherrschaft Döls mit 5000 Mk. zu den Kreisabgaben herangezogen worden. Derselbe war jedoch hiermit nicht einverstanden und erhob Klage beim Bezirksauschuss in Breslau, dieselbe damit begründend, daß er als Mitglied des Reichstages steuerfrei sei. Der Bezirksauschuss besaß jedoch so wenig monarchisches Verständnis, daß er die Klage abwies. Gegen dieses Erkenntnis legte der Kronprinz Revision beim Oberverwaltungsgericht in Berlin ein, die jedoch gleichfalls abgewiesen wurde. Der Kronprinz muß also bleichen!

**Zur Reichstags-Erfahrungswahl in Essen.** Nach den letzten Wahlen stellt sich das Stimmverhältnis wie folgt: Gewehr (SD.) 28932, Giesberts (B.) 35478, Dr. Niemeyer (N.) 17911, Behrens (Christl. sozial.) 2196, Pole 1722 Stimmen. Dieses Wahlergebnis dürfte noch zu einer eingehenden Erörterung, zu der uns gegenwärtig der Platz mangelt, Veranlassung geben.

**Wer ist unverschämt?** Das Agrarieramt fürchtet einen Umfall der Regierung in der Fleischnotfrage. Das Berliner Organ des Bundes der Landwirte bemüht sich krampfhaft, ihr den Rücken zu steifen. „Pod, bleibe hart!“ bildet das ungeschriebene Motto eines Artikels, den das

Bündlerblatt diesem edlen Zwecke widmet. Situationsfeld verlangt das Organ für die Bekämpfung der notwendigen Lebensmittel, daß die Regierung ihre Stellung zur Fleischverteilungspolitik klar und schärfer in der öffentlichen Besse bekunde. Alles das dokumentiert nur die heillose Angst, die das Agrarieramt vor einem Sinken der Fleischpreise verspürt, und man kann darüber lächeln. Wenn aber das Bündlerorgan erklärt: „Die Agitation dieser unserer Gegner wird mit jedem Tage maßlos zunehmen, um den Boden, aber treffenden Ausdruck zu gebrauchen, unverschämter.“ so fragen wir den Gegen: wer ist unverschämt? Derjenige, welcher das Vieh kauft, das unverschämte Vieh, dem schwer arbeitenden Volke, die unverschämte Fleischverteilung nicht derart verteuert werde, daß es gezwungen ist, zu unzureichenden, minderwertigen Nahrungsmitteln zu greifen? Oder sind es diejenigen Agrarier, die seit Jahr und Tag sich erfolgreich bemühen, dem Volke die notwendigen Lebensmittel zu verteuern, um sich selbst eine angenehme und „standesgemäße“ Lebenshaltung auf Kosten der Gesamtheit zu sichern? Wer ist unverschämt: die Masse, die die Fleischnot bekämpft? Das Fleischergewerbe, das mit den Konsumenten unter dieser Not empfindlich leidet? Die Stadtgemeinden, die sich gegen die künstliche Verteuerung wehren? Oder das Agrarieramt, das die Fleischnot mit dem daraus entspringenden Elend in tristem Egoismus heraufbeschworen hat? Die Antwort zu geben, überlassen wir unseren Lesern.

**Die Zwangsmitteleinkaufspolitik** ist im „Kultur“ Lande Deutschland wiederum zur Anwendung gelangt und zwar in Panama. Dort fand am Dienstag eine Verhandlung gegen den Genossen G. Hoch statt, der beschuldigt wird, die bürgerlichen Stadtverordneten beleidigt zu haben. Hoch gab zwar zu, daß er im Stadtverordnetenkollegium die Verhandlungen getan habe, die ein Bericht der „Frankf. Volksstimme“ wiedergibt und bot den Wahrheitsbeweis an, er bestreite aber, der Verfasser der Berichte in der „Frankfurter Volksstimme“ zu sein. Als Zeuge über diese Behauptung der Anklage war der Redakteur der „Frankfurter Volksstimme“, Gerolf Bielowski, anwesend. Dieser verweigerte das Zeugnis und wurde zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt und zur Erzwungung des Zeugnisses verhaftet. — Das Zwangsmittel wird natürlich erfolglos bleiben, aber es wird darum erst recht verurteilenswert; es ist ein Mittel, das gegen charakterlose Lampen unnötig, gegen anständige Menschen aber völlig nutzlos ist.

**Preßiert nicht.** Das Dertelblatt, die „Deutsche Tageszeitung“, hatte versichert, daß man an sämtlichen maßgebenden Stellen bestrebt ist, die Finanzreform noch im Laufe der kommenden Session des Reichstages unter Dach zu bringen. Dem Zentrum, der tonangebenden Partei im Reichstag, ist damit aber offenbar nicht so eilig, denn die „Germania“ erklärt: „Selbstverständlich ist nicht im entferntesten daran zu denken, daß die Erledigung noch in diesem Jahre erfolge.“ — Das Zentrum ist sich offenbar noch nicht klar darüber, welche Kompensationen es von der Regierung für die Zustimmung zur Finanzreform verlangen soll.

**Das einfachste Mittel.** Unter dieser Stichmarke schreibt Genosse K. K. in der „Münch. Post“ mit Recht: Der preussische Regierungsrat Martin wird gemotzt, weil er die deutschen Kapitalisten vor der Spekulation in russischen Werten warnte. Fürst Bülow, der fürchtbar köp auf den indiskreten Beamten ist, hätte ein sehr einfaches Mittel, Herrn Martin zu blamieren. Er brauchte nur die Millionen, die er vor einiger Zeit geerbt hat, in russischen Papieren anzulegen. Dies wäre der beste Beweis für das große Vertrauen, das Se. Durchlaucht nach hochföhrer Behauptung in die Zukunft Russlands setzt. Solange aber der wohlkristallisierte Kanzler sein eigenes Geld nicht für Russland riskiert, ist es jedenfalls klug, wenn die anderen deutschen Kapitalisten es ebenso machen. Verabredungen geh' du voran, du hast die großen Wasserstellen an!

**Die Manöver** mit ihren „schneidigen Reiterattoden“ und sonstigen Schaustellungen, die das genaue Gegenteil der im Kriege denkbaren Situationen sind, kritisiert der Manöverberichterstatler des „B. L.“, der bekannte Oberst a. D. Gädle, kurz und bündig in den Worten: „Und so ward aus Morgen und Abend der letzte Tag; wenn ich den Verlauf dieser Woche zusammenfasse, so muß ich sagen: ein sehr gelungenes Volksepektakel, wirklich sehr gelungen!“ Ueber das Volksepektakel ist nicht nur unangenehm ironisch, es stärkt auch die Notwendigkeit, sich für alles denkbare unnütze Zeug zu präparieren, die Reizung zur Soldatenmishandlung, dieser Schande des preussisch-deutschen militärischen Systems.

**Womit ein preussischer Kriegsminister** sich beschäftigt, das lehrt eine Verfügung an die Unteroffiziere und Mannschaften, die im „Reichsana“ abgedruckt ist. Nach derselben — die übrigens nur eine Wiederholung darstellt — ist den Unteroffizieren und Mannschaften verboten: 1. jede Beteiligung an Vereinigungen, Versammlungen, Festlichkeiten, Geldsammungen, zu der nicht vorher besondere dienstliche Erlaubnis erteilt ist. 2. jede anderen erkennbar gemachte Betätigung revolutionärer oder sozialdemokratischer Gesinnung, insbesondere durch entsprechende Ausrufe, Gesänge oder ähnliche Kundgebungen, 3. das Halten und die Verbreitung revolutionärer oder sozialdemokratischer Schriften sowie jede Einführung solcher Schriften in Kasernen oder sonstige Dienstlokale. Ferner ist sämtlichen Angehörigen des aktiven Heeres (also auch den Offizieren) dienlich befohlen, von jedem zu ihrer Kenntnis gelangenden Vorhandensein revolutionärer oder sozialdemokratischer Schriften in Kasernen oder anderen Dienstlokalen sofort dienstliche Anzeige zu erstatten. Diese Verbote und Befehle gelten auch für die zu Übungen einzugezogenen und für die zu Kontrollversammlungen einberufenen Personen des Beurteiltenstandes, die gemäß § 6 des Militärstrafgesetzbuches und § 38 B 1 des Militärstrafgesetzbuches bis zum Ablauf des Tages der Wiedereinlassung beziehungsweise der Kontrollversammlung den Vorschriften des Militärstrafgesetzbuches unterliegen. — Der preussische Kriegsminister legt, wie man sieht, Wert auf die „Reinheit“ der Armee. Das ist auch zweifellos notwendiger als die energische Bekämpfung der Soldatenmishandlungen.

**Wegen „Aufreizung zum Klassenhass“** verurteilte die Strafkammer in Grandenz den Reichstagsabgeordneten Kulerstki zu zwei Monaten Gefängnis und

Tragung sämtlicher Kosten. Die „Aufrechnung“ wurde erachtet in einem von H. in der „Wazeta“ veröffentlichten Artikel. — Wir wollen aus „gewissen“ Gründen die Frage unentwertet lassen, was aufrechterhalten wird, ob der Artikel es oder dessen für ein Vergehen innerhalb rechtliche Beurteilung.

### Norwegen.

Für eine Republik trat das „Dagbladet“ in seiner Abendausgabe ein, in der Naturworte für das Völkertum nicht länger vorzuliegen schone. Jedenfalls, meinte das Blatt, müßte das Volk gehört werden, bevor die Staatsform festgelegt werde. — Sehr richtig!

Um den Söderström den Blick aus den Segeln zu nehmen, werden alle Truppen vor den Grenzposten auf mindestens 1 Km. Entfernung zurückgezogen. Auch schwedischerseits sind dieselben Maßnahmen ergriffen worden.

### Rußland.

Den Zarenkern zum Opfer gefallen ist wiederum in Soobz ein topperer General für ein fremd Koffer, der General David Kravtze, der, wie erst jetzt bekannt ist, am 19. August hingerichtet wurde. Der topperer Kämpfer hatte, um einen Kameraden zu retten, einen Schutzmann ermordet und mußte sein junges Leben — er starb erst 21. bis 22 Jahre — am Galgen aushauchen. Genosse Kravtze bestieg wie ein Hieb das Schaffot; seine letzten Worte waren: „Weint nicht um die Gefallenen! Werket niemals den Mut!“

**Winterzeit.** Bei dem am 16. Septbr. in Palastfors abgehaltenen Meeting der konstitutionalistischen Partei, an dem annähernd 25 000 Parteimitglieder, wurden von der Polizei und dem Militär 72 Personen verhaftet. Die Zahl der verhafteten Militärs ist unbekannt. Verhaftet wurden 2 Offiziere und 12 Soldaten.

Aus den Händen der Bluthunde befreit. In der Nacht zum Mittwoch wurden zwei politische Gefangene, die eine Mollie als Führer gespielt haben, aus dem Zentralgefängnis zu Njva gewaltsam befreit. Dabei wurden zwei Wächter und ein Schutzmann getötet und mehrere Polizeibeamte verwundet. Bei der Befreiung beteiligte Personen wurden verhaftet.

### Oesterreich-Ungarn.

Was mag da wohl herausbraten? Am Sonnabend will der alte Franz Joseph die Führer der in der Koalition vereinigten Parteien empfangen.

## Lübeck und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 21. September.

### Der Zuzug von Bauarbeitern aller Branchen nach Lübeck ist fernzuhalten!

Zuzug von Arbeitern und Arbeiterinnen ist fernzuhalten von der Schlüterer Fischindustrie, von Arbeitern von der Bügischen Sägemühle in Schlüter und von der Sägemühle von Kobbhan in Lanen.

Das samole neue „Bürgerrechtswahlrecht“ ist bekanntlich in mehr als einem Punkt geradezu unerhört. So werden durch die sog. Uebergangsbestimmungen ein Teil der ländlichen Wähler für dieses Jahr überhaupt von der Wahl ausgeschlossen; dafür wird aber ein Teil der Bürgerchaftsmittglieder, die rechtmäßig schon in diesem Sommer ausgeschieden mußte, noch Gelegenheit haben, ohne irgend welche Verechtigung weitere zwei Jahre, also insgesamt 3 1/2 Jahre, der Bürgerchaft anzugehören. Laut Verfassung beträgt die Mandatsdauer nur 6 Jahre und nicht mehr. Die amtliche Publikation über die Mandatsverlängerung hat folgenden Wortlaut: Auf Grund des am 9. August beschlossenen Gesetzes, betreffend Uebergangsbestimmungen in Anlaß der Abänderung der Verfassung der freien und Hansestadt Lübeck, waren laut § 2 durch die vereinigten Vorstände der Bürgerchaft und des Bürgerausschusses aus der Zahl der im Jahre 1905 ausscheidenden Bürgerchaftsmittglieder fünf Mitglieder durch das Los zu bestimmen, welche bis 1907 in der Bürgerchaft zu verbleiben haben. Es wird durch diese Auslösung der Gesetzesbestimmung genügt, welche für 1905 das Verbleiben von 80 Mitgliedern, für 1907 von 40 Mitgliedern in der Bürgerchaft fordert. Diese Auslösung hat stattgefunden; es sind aus der Zahl der 1905 ausscheidenden Mitglieder ausgelost die Herren J. C. F. Goldemann, Dr. J. C. F. Meyer, E. K. H. Gaidenrich, G. Thiel, W. C. Cume. Außerdem hat von den zwei im achten Wahlbezirk (Hollentor-Landbezirk; Borwerk, Krempebors, Schönhöfen, Curau, Dillau, Mallendorf und Krumbek) gewählten Vertretern einer bereits 1905 ausgeschieden, als solcher ist durch das Los bestimmt J. C. Lauenstein zu Schönhöfen.

Eine Erschwerung des Erwerbs des Bürgerrechts ist einige weitere traurige Folge des Bürgerchaftswahlrechtsausbes. Dem Bürgerausschuß lag folgendes Senatsdekret vor: Die im Jahre 1902 erlassenen gesetzlichen Bestimmungen über den Erwerb des lübeckischen Staatsbürgerrechts und die Verechtigung zur Ausführung des Wahlrechts zur Bürgerchaft haben zur Folge gehabt, daß Lübeck a. Zt. eine große Anzahl von Bürgern besitzt, denen das Wahlrecht zur Bürgerchaft fehlt. Die Zahl dieser Bürger wird infolge des nach dem Rat- und Bürgerwahl vom 9. August d. Js. eingetretenen Wegfalls des Berufes von 1200 Mt. zwar merklich genug abnehmen, aber immer noch erheblich genug bleiben, um dauernd unliebsam empfinden zu werden. Um diesem Zustande zu begegnen, erscheint es als das Gegebene, das Erfordernis eines mehrjährigen Wohnsitzes im lübeckischen Staatsgebiete und die Zahlung von Einkommensteuer während dieser Zeit auf den Erwerb des lübeckischen Staatsbürgerrechts auszudehnen und in folgendem Sinne das Gesetz vom 15. Dezember 1902, das lübeckische Staatsbürgerrecht betr. abzuändern. Der Senat beabsichtigt daher einen dementsprechenden Nachtrag zum erwähnten Gesetz zu erlassen. — Der Bürgerausschuß empfahl selbstverständlich den ihm hierüber vorgelegten Gesetzentwurf der Bürgerchaft zur Mitgenehmigung. Also unliebsam empfunden wurde es, daß ein Teil der lübeckischen Bürger kein Wahlrecht hat. Wenn dies wirklich in maßgebenden Kreisen der Fall gewesen ist, so wäre dem mit Leichtigkeit abzuhelfen gewesen, indem man einfach allen Bürgern das Wahlrecht zu geben brauchte. Aber der hochentwidelte „Gerechtigkeitsinn“ von Senat und Bürgerausschuß fand einen anderen Ausweg: Man erschwert den Staatsangehörigen den Erwerb des Bürgerrechts. Zweifellos wird

die „liberale“ Bürgerchaft, die ja jeden Rückschritt mit Jubel begrüßt, dem Senatsantrage zustimmen.

Die hiesigen Holländer und Milchhändler liegen schon seit geraumer Zeit mit den Milchlieferanten, den Gutsbesitzern usw. in Streit wegen der Milchpreise. Man zu verhindern, daß dem milchkonsumierenden Publikum dieses unerwünschten Produkt unendlich veräuert wird, beschloß der Verein der Holländer und Milchhändler hier selbst die Gründung einer Milchverkaufsgesellschaft in b. G., die verstanden soll, die Vertriebsmittler, die ab 1. Mai 1906 durch die Bestrebungen des Vereins der Milchlieferanten ohne Beachtung bleiben, hiesige Milch zu packen. Schlägt dies fehl, so will man Milch aus Dänemark beziehen.

Die Essener Wahl hat bekanntlich mit einem totalen Fiasko für die Nationalliberalen geendet. Bei den früheren Nachwahlen erschien in unserem Amtsblatt gewöhnlich ein längerer Artikel, in dem der „Sinn“ der „Ordnungsparteien“ gebührend gefeiert wurde. Jetzt ist plöblich alles still über den Wasser geworden, und wir hätten doch auch diesmal so gern einen „Leiter“ bezüglich des Wahlergebnisses gelesen; hoffentlich bleibt er nicht im Stillertopfe oder im Untertasse liegen!

Die Fleischnot beschäftigt gestern den Bürgerausschuß. Derselbe beschloß, das von Prof. Baethke in der Bürgerchaft gestellte Gesuchen, das von Dienstag zum Abend brachten, an den Senat zu richten.

Die Tagesordnung für die Versammlung der Bürgerchaft am Montag, den 25. d. Mts. lautet: 1. Mitteilungen des Senates, 11. Anträge des Senates. 1. Ergänzung der Verordnung vom 20. Januar 1873 (2. März 1903) die Schiffabgaben betreffend. 2. Umwandlung der Staatsbürgerschaft zweiter Gehaltsklasse an der Allgemeinen Armenanstalt in eine solche erster Gehaltsklasse. 3. Neuordnung des Rechnungs-Revisionswesens. 4. Errichtung einer neuen Stelle eines Revisions-Oberkontrolleurs beim Hauptamt. 5. Neubau eines Theaters. 6. Nachtrag zum Gesetz vom 15. Dezember 1902, das lübeckische Staatsbürgerrecht betreffend. 7. Nachtrag zur Bauordnung für die Stadt Lübeck, deren Vorläufe und Vororte, sowie für Travemünde vom 25. Mai 1903.

**Arbeiterrisiko.** Heute morgen gegen 7 Uhr fiel dem in der Eberschen Maschinenfabrik in der Fackelburger Allee beschäftigten Lehrling Scheidewind vom Schraubstock eine Maschine auf den Fuß und verletzte denselben so schwer, daß der Verletzte sofort in ärztliche Behandlung gegeben mußte.

Eine Kollision eines Straßenbahnwagens mit einem Lastwagen erfolgte gestern nachmittag an der Ecke Hirs- und Königstraße. Mit einer kräftigen Beschädigung seines Gefährtes mußte der Lastwagenführer seine Straße weiter zehren.

**Bevollmächtigte und Beistände im Bereiche der reichsgerichtlichen Unfallversicherung.** Die Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung können Bevollmächtigte und Beistände, die das mündliche Verhandeln vor Gericht geschäftsmäßig betreiben, zurückweisen. Diese Anordnung erstreckt sich nicht auf Rechtsanwälte und auf Personen, denen das mündliche Verhandeln vor Gericht durch eine seitens der Justizverwaltung getroffene Anordnung gestattet ist. Mit der Anwendung dieser Vorschriften hat sich kürzlich das Reichs-Versicherungsamt befaßt. Ein Schiedsgericht beschloß, einen von dem Kläger bestellten Prozeßbevollmächtigten, der, ohne Rechtsanwalt zu sein, das mündliche Verhandeln vor Gericht geschäftsmäßig betreibt, nicht zuzulassen und erließ noch in demselben Verhandlungstermin, obwohl der Kläger nicht erschienen war, eine dem Kläger ungünstige Entscheidung in der Sache selbst. Das Reichs-Versicherungsamt hat diese Entscheidung aufgehoben und folgendes ausgesprochen: Der Kläger hat dadurch, daß er sich einen Bevollmächtigten bestellt und diesen zum Erscheinen in dem Verhandlungstermin vor dem Schiedsgerichte veranlaßt hat, zu erkennen gegeben, daß er von seinem Rechte Gebrauch machen wollte, sich an der mündlichen Verhandlung vor dem Schiedsgerichte zu beteiligen. In sinngemäßer Anwendung des § 158, Satz 2 der Zivilprozeßordnung, der ein Verfahren gegen eine Person, deren Bevollmächtigter vom Gericht zurückgewiesen ist, nur auf Antrag und nur dann zuläßt, wenn die Zurückweisung bei einer früheren Verhandlung erfolgt ist, hätte danach, um dem Kläger das Recht auf Teilnahme an der Verhandlung und auf Anhörung seiner Ausführungen und Anträge zu wahren, das Schiedsgericht nach erfolgter Ausschließung des Bevollmächtigten dem Kläger noch Gelegenheit geben müssen, nach Mitteilung von der Ausschließung seines Vertreters in einem anzuberaumenden neuen Termin entweder selbst zu erscheinen oder einen anderweitigen geeigneten Vertreter zu bestellen.

**Heilbehandlung für Lungenkranke.** Am 1. August 1905 wurden auf Kosten der Landes-Versicherungsanstalt der Hansestädte zum Teil mit Zuzug von Krankenkassen in Heilstätten für Lungenkranke, in sonstigen Kurorten und in Krankenhäusern untergebracht 562 Versicherte, aufgenommen wurden im Laufe des Monats 278 Versicherte, zusammen 840 Versicherte, davon wurden im Laufe des Monats entlassen 295 Versicherte, mithin befanden sich am Schlusse des Monats in Heilbehandlung 545 Versicherte und zwar aus dem Gebiete von Lübeck 60, Bremen 150, Hamburg 335. Außerdem mußten im Laufe des Monats 165 Anträge als ungeeignet abgelehnt werden.

**Strassenperre.** Wegen vorzunehmenden Strassenbauarbeiten wird die Straße „Bei St. Johannis“ vom 21. ds. Mts. ab auf etwa 4 Wochen für den Fuhrwerksverkehr gesperrt.

**Fleischbeschauer.** Es wird zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß der Arbeiter Joachim Wilhelm Hecht zum Vahrenfleischbeschauer für den Bezirk Uthelt bestellt ist.

**Schwartau.** In wie gemeiner Weise die „nationalen Ordnungsparteien“ den Wahlkampf führen, geht aus einem Aufruf zugunsten ihrer Kandidaten hervor. In demselben heißt es:

„Wähler des Friedens Schwartau! Gebt obigen Stimmentzettel (der „Ordnungsparteien“) ohne Vonderung an der Wahlurne ab, erscheint Mann für Mann und bedenke jeder, daß von seiner Stimme die Entscheidung abhängt! Wer für unsere Gegner eintritt, oder auch nur der Wahl sich enthält, hat nach einem Beschluß des unterzeichneten Wahlvereins zu gewärtigen, daß ihm als Geschäftsmann, Handwerker u. die Günst und der Zuspruch der Ordnungsparteien dauernd entzogen wird.“

Hier wird also offen mit dem Boykott derjenigen Geschäftsleute gedroht, die nach ihrer Ueberzeugung und nicht nach dem Befehl der Ordnungsparteien stimmen. Das ist eine so traurige Kampfmanier, wie sie nur bei unsern Ordnungsparteien zu finden ist. Wer uns nicht wählt, soll verhungern! Das ist ihre Parole. Es kann den Urhebern dieses schwachen Nachwerks keine bessere Antwort erteilt werden, als wenn morgen, am Wahltage, von allen Wäg-

lern, die noch etwas auf eine Ueberzeugung haben, die Kandidaten der Arbeiterschaft gewählt werden. Darum sei morgen ein jeder Arbeiter, Parteigenosse und Handwerker auf dem Posten!

**Hamburg.** Die deutsch-russische Abreisung der einkünftigen baltischen Flotte nach Ostpreußen ist wieder in der Heimat, d. h. auf der Elbe angelangt. Bekanntlich handelt es sich um deutsche Handelsdampfer, die nach Ostpreußen für den Krieg verchartert wurden. Der „S. C.“ schreibt: Die Begleitkräfte der Flotte nach Ostpreußen bejournen seit den letzten Tagen in Cuxhaven auf der Elbe wieder einzutreffen, heimkehrend von ihrer Fahrt nach Ostpreußen. Die meisten dieser Dampfer sind ja vor der Kapverung oder völligen Vernichtung bewahrt geblieben; dennoch haben sie unter dem laosen Aufenthalt in den tropischen Gewässern sehr gelitten. Die Schiffe sind an den Unterwassertheilen derart bewachsen, daß sie eine ganz bedeutende Fahrverminderung erhalten haben. Auch die Besatzung hat unter der Einwirkung des tropischen Klimas arg zu leiden gehabt, und es ist u. a. auf einem der in diesen Tagen heimgekehrten Dampfer der Kapitän infolge der Gluthitze im roten Meer gestorben. Da alle diese Schiffe aus madagassischen oder indischen Gewässern heimkehrten, wegen der Pestgefahr fast ständig als quarantänepflichtiger Abfertigung vor Anker zu gehen. Dadurch hat in diesem Monat die Zahl der dort unter Quarantäne eingekommenen Schiffe bereits den hohen Stand von 63 erreicht und es erwächst durch diese heimkehrende Dampferflotte der Quarantäneanstalt in Cuxhaven viel Arbeit.

**Hamburg.** Zur Frage der Fleischnot und Fleischsteuerung sind folgende Anträge bei der Bürgerchaft eingegangen: Antrag von Otto Stolten und Genossen: Die Bürgerchaft ersucht den Senat, die erforderlichen Maßnahmen zur Aufhebung der Grenzperre gegen die Vieheinfuhr zu treffen und des weiteren im Bundesrat für die Aufhebung der Vieh- und Fleischzölle einzutreten. Antrag von Dr. Peterßen und Mitglieder aller bürgerlichen Fraktionen: Die Bürgerchaft beschließt, den Senat zu ersuchen, im Bundesrat dahin zu wirken, daß Schritte getan werden, um die durch zu geringes Angebot bewirkte Fleischsteuerung zu heben. Die Anträge kommen auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung. — Unterschlagung von Brillanten, Gold- und Silbersachen im Werte von 300 000 Mt. Der Kaufmann und Kommissionshändler Julius Etkan, am 30. Januar 1876 in Hamburg geboren, hatte von einer hiesigen Firma Brillanten, Gold- und Silbersachen im Wert von 300 000 Mt. in Kommission und ist am Abend des 17. ds. Mts., wahrscheinlich unter Mitnahme des größten Teiles der betreffenden Gegenstände — einen Teil hat er nachgewiesenermaßen hier in Verfab gegeben — verschwunden.

**Nehoe.** Folgen der Untersuchungschaft. Aus der Haft entlassen ist nach 10wöchiger Untersuchungschaft der Schriftsetzer F. hier, welcher unter dem Verdacht eingeschlossen war, das Feuer in dem Besitze des Steinsohlenhändlers Gloy angelegt zu haben. Die mitverhaftete Frau ist im Gefängnis irrsinnig geworden und muß einer Heilanstalt überwiesen werden. — Wen trifft nun die Verantwortung, wenn die Frau vielleicht für immer unglücklich ist?

**Schönberg.** Die landespolizeiliche Abnahme der Baustrecke der Kleinbahn von Schönberg nach Dassel hat stattgefunden. Zu diesem Zwecke wurde die Strecke von einer Kommission, bestehend aus Vertretern der Landesregierung, der Generaleisenbahndirektion, des hiesigen Magistrats usw. mit einem Entzuge besahen. Am 1. Oktober erfolgt sicher die Eröffnung der Bahn.

**Rostock.** In Differenzen geraten sind mit ihrem Arbeitgeber, dem Inhaber der Granitschleiferei A. Schraep, die Schleifer dortselbst. Letztere legten die Arbeit nieder, was zur Folge hatte, daß auch die Steinmezen in Mitleidenchaft gezogen wurden. Zuzug von Steinmezen und Schleifern ist deshalb bis auf weiteres streng fernzuhalten.

**Hamburg.** Verworfen wurde vom Reichsgericht die Revision des früheren Redakteurs des „Hamburger Volksblattes“, Otto Kalle in Berlin, welcher am 15. Februar vom Landgerichte Stade wegen Verbreitung einer unzüchtigen Schrift — es handelte sich um einen Artikel über die geschlechtlichen Verhältnisse im russischen Heere — zu einer Geldstrafe von 50 Mt. verurteilt worden ist.

**Einburg.** Durch die Nachricht einer furchtbaren Bluttat wurden Dienstag die Bewohner des Gehörgartens in Schrecken versetzt. Die daselbst wohnende Ehefrau Schulz fand gegen halb zehn Uhr die Ehefrau Schläger mit zertrümmerter Schädeldecke auf dem Hofe bei der Wasserleitung. Frau Schulz trug die Besinnungslosigkeit, der das Blut aus beiden Ohren strömte, in ihre Wohnung, rief die Nachbarn zu Hilfe und schickte zur Polizei und zum Arzt. Der Polizeisergeant Schünemann erfuhr von der unglücklichen Frau die Bestimmung gekommenen Frau Schläger das nachfolgende: Der Einlogierer des Briefträgers Pöls sei mit dem Anlegen zu ihr gekommen, ihm ein Zwanzigmarkstück zu wechseln. Als sie ihm das Kleingeld hingegeben habe, habe jener gesagt, daß er das Zwanzigmarkstück vergessen habe, worauf sie ihr Geld wieder an sich nehmen wollte. Da habe sie mit einem Hammer einen Schlag über den Kopf erhalten. Polizeisergeant Schünemann holte darauf den als Täter bezeichneten Einlogierer, den Arbeiter Felix Hunder, von seiner Arbeitsstätte bei dem Bohrturm und konfrontierte ihn mit seinem Opfer. Die noch vernehmbare Frau erklärte, daß sie in dem ihr vorgeführten Manne den Täter wiedererkenne. Es wurde dann an Ort und Stelle sofort ein Protokoll von dem Polizeikommissar aufgenommen, weil zu befürchten stand, daß Frau Schläger nicht mehr lange am Leben bleiben werde. Nachdem sie noch bei vollem Bewußtsein das Protokoll unterschrieben hatte, wurde sie ins Krankenhaus transportiert, während Hunder vorläufig dem Gefängnis zugeführt wurde. Er befreit, die Tat begangen zu haben. Es spricht aber außer der Aussage der Frau Schläger der Umstand gegen ihn, daß ein Niethammer bei ihm fehlte, der bis jetzt noch nicht gefunden ist, und daß sich Blutspuren an seinem Arbeitsmittel vorfinden.

**Varel.** Mit sozialdemokratischem Gelde bezahlt die reiche Stadt Varel in Oldenburg die Kosten für die Beerdigung Ortsarmer. Ungläubig wird der Leser den Kopf schütteln. Und doch ist es so. Unser Varter Bruderorgan erzählt: Wir wollten unseren Augen nicht trauen, als uns das Schriftstück des Bürgermeisters zugeging, indem uns die Mitteilung wurde, daß das Nordb. Volksbl. die Kosten für eine Beerdigung getragen hätte. Der Sachverhalt ist folgender: In der Hälfte des August starb plötzlich unsere langjährige Zeitungsauslegerin. Die Frau hatte ihr Beibehalten schwer zu kämpfen und nur mit Hilfe der Armentasse gelang es ihr, ihre Familie zu ernähren. In dem Nachlaß der Verstorbenen befanden sich 30,70 Mt. einlassierte Abonnementsgelde,

die vorläufig von der Armenkassa in Beschlag genommen wurden. Selbstverständlich machen wir unsere Ansprüche geltend zuerst mündlich und später, auf Aufforderung, schriftlich. Statt Geld erhielten wir Sonnabend folgendes Schriftstück zugesandt:

Barel, 1905, September 15.  
Armenkommission Barel.  
Im Nachlass der Ehefrau Röber haben sich 31,04 Mk. vorgefunden. Aus der Aufbewahrung des Geldes war nicht ersichtlich, daß es für fremde Rechnung geschehe; in dem von Ihnen bezeichneten Beutel befand sich nur Kleingeld im Betrage von etwa 7 Mk. Da wir bedeutende Aufwendungen für die Bestorbene zu machen haben, nämlich Zahlung der Miete für die Zeit vom 1. August 1905, welche wir vor ihrem Tode haben übernehmen müssen (13,50 Mk.), für die Beerdigung (30 Mk.) und für die Kinder, so haben wir den baren Nachlass zur Armenkassa abgeführt.

An  
Herrn Redakteur Carl Mehe  
hier selbst.  
Verwunderlich ist, meint das „Vollblatt“, daß man uns nicht auch für den Fehlbetrag verantwortlich macht.

Oldenburg. Ausgebrochen. In vorletzter Nacht ist ein unter dem Namen Peinte alias Menne bekannter Geldschrankeinbrecher, der im August d. J. von England wegen Geldschrankeinbrüchen, die er in Hannover, Adln, Oldenburg usw. begangen, nach hier ausgeliefert worden war, aus dem Krankenhauste ausgebrochen. In Oldenburg war er zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt worden.

Bremen. Die Bremer Bürgerschaft nahm mit allen gegen wenige Stimmen der Landwirte einen Antrag an, den Senat zu ersuchen, beim Bundesrat auf die Doffnung der Grenze für die Viehein- fuhr hinzuwirken, unbeschadet der veterinären Kontrolle. — Dem Beispiele der bremischen Lehrerschaft ist auch der Verein der Lehrer in Bremerhaven gefolgt. Auch er hat in einer Versammlung am letzten Sonnabend sich mit übergrößer Mehrheit für Abschaffung des Religionsunterrichts aus der Volksschule ausgesprochen. Dabei ist zu beachten, daß die Mehrzahl der Bremerhavener Lehrer in Preußen ihre Vorbildung genossen hat.

Briefkasten.  
Zwei Streitende. B. ist Arbeiterssekretär.

Abender Marktbrief vom 20. September.  
Bauern-Butter 125 Pf., Weiser-Butter 140 Pf., Hafensid. — Mt., Enten Sid. 280 Mt., Hühner Sid. 160 Mt., Ruten Sid. 120 Mt., Tauben Sid. 0,55 Mt., Gänse Pf. — 72 Pf., Gückans — Mt., Schweine Sid. 0,45 Mt., Schinken Pf. 1,10 Mt., Wurst Pf. 1,20 Mt., Eier 8 Stück 60 Pf., Karpfen Pf. — Pf., Ger. Rogg Pf. 1—240 Mt., Karautchen Pf. 80 Pf., Seide Pf. 20 Pf., Bariche Pf. 70 Pf., Nat Pf. 0,90 Mt., Aepfel beste Cravensteiner 100 Pf. 25— Mt., Nonnen 100 Pf. 29— Mt., andere Sorten 100 Pf. 15—18 Mt., Pfäutchen 100 Pf. 15 Mt., Blumenkohl, d. Kopf 30 Pf., Samb. Kirchen, Pf. — Pf., Kohl 100 Pf. 2— Mt., Gurken Pf. 0,04 Mt., Zwiebeln 100 Pf. 4,00 Mt., Kartoffeln, beste franz., 200 Pf. 5,50 Mt., per 10 Liter 50 Pf., magnum bonum 200 Pf. 4,00 Mt., Kartoffeln 10 Liter 40 Pf.

Steuerungs-Nachricht.  
Hamburg, 20. September.  
Der Schweinehandel verlief ruhig. Kugeführt wurden 387 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Seegurken — Mt., Bergandtschweine, schwere 69—70 Mt., leichte 68—69 Mt., Sauen 64—69 Mt. und Ferkel 64—67 Mt. pro 100 Pfund.

# Umsonst ein Paar Sohlen u. Absätze

Bei Einkauf eines Paares Herren- oder Damenstiefel von 9 Mk. an verabfolge einen **Gutschein auf 1 Paar Sohlen und Absätze, gültig bis 1. Juli 1906.** Ausgabe des Gutscheins vom 22. September bis 8. Oktober.

## Hugo Haendler, 95 Breitestraße 95.

### Nachruf.

Am Dienstag den 19. September starb unser langjähriges Mitglied, der Gasenarbeiter **Heinr. Beek.**

Ehre seinem Andenken.  
**Der Zentralverh. d. Gasenarbeiter**  
Mitgliedschaft Lübeck.  
Der Vorstand.

Für die vielen Aufmerksamkeit und Gratulationen zu unserer Hochzeit danken herzlich  
**W. Kubert u. Frau, geb. Delater.**

Eine kleine Vorderer-Wohnung zu sofort zu vermieten, Preis 110 Mt. Näheres Dornstraße 24.

**Arbeiter-Bildungsschule**  
Lübeck.

Gesucht ein tüchtiger Lehrer für einen während des Winterhalbjahrs stattfindenden Kursus der **deutschen Sprache.**

Die Stunden finden einmal wöchentlich von 8½—10 Uhr abends statt. Bewerbungen mit Gehaltsansprüchen sind bis Sonntag den 24. d. M. zu richten an J. Stelling, Sneyenstraße 1a, I.

Eine erfahrene Pflegerin mit guten Empfehlungen wünscht noch Pfllege in Lübeck und Umgegend zu übernehmen. Ang. u. P. U. an die Exped. d. Bl.

Fortzugshalber zu verkaufen **Sofa, Tisch, Spiegel mit Konsol.** Näheres Marktstraße 27, I.

Ein Roman **Christen zu verkaufen.** Engelwisch 10, I.

Gekunden zwei **Schürzen** in der Fleischhauerstraße. Abzuholen Fleischhauerstraße 25, I.

Wer übernimmt Ende Oktober einen Umzug nach Altona oder Mühl- ladung nach dort? Ang. mit Preisang. an W. M. bis Ende September an die Exped. d. Bl.

**Kartoffeln u. Schweinekartoffeln** hat abzugeben Studier, Moisinger Heide.

**F. W. Lichtenstein,** Barbier und Friseur, Große Burgstraße 11.

**Theodor Linn** Buchbinderei und Papierhandlung, 29 Glockengießerstraße 29.

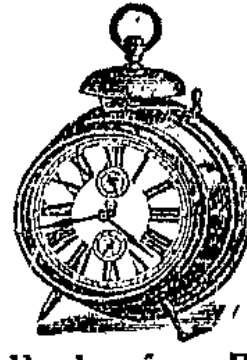


**ARGARINE ohra Butter**  
Ludw. Hartwig.  
Sie erhalten Unken-Marken

Zufolge der erhöhten Einkaufspreise beträgt der Preis für

### Petroleum

in Leihkannen frei Haus geliefert  
**11 Pfg. per Pfund oder 18 Pfg. per Liter.**  
**F. Weber.**



### Zum billigen Uhren-Schulz

ob. Johannisstraße 20.  
Enormes Lager  
— Uhren \* Ketten —  
Gold- u. Silberwaren  
gold. Trauringe, <sup>950/1000</sup> gest.  
Rathenower Brillen.  
Verkauf u. Reparatur. unter Garantie.

## Möbel Kredit

sowie **Palotots, Anzüge,** Spiegel, Bilder, Uhren, Teppiche, Tischdecken, Portiären u. Gardinen bei mäßiger Anzahlung.  
Alle Kunden, die ihr Konto beglichen haben, erhalten Ware ohne Anzahlung.  
**H. Kesten, Johannisstr. 70, I.**

Der Preis für

### Petroleum in Leihkannen

beträgt  
**11 Pfg. pro Pfund oder 18 Pfg. pro Liter.**  
frei ins Haus geliefert.

**H. Dölle, Fr. Jacobsen, L. Stamer, J. Ehlers, H. Kay, H. Teudt.**

## Kartoffeln.

Wiederum trifft heute ein Waggon allerfeinster Eier-Kartoffeln für mich ein und offeriere  
**100 Pfd. Mk. 2.70, Fass 40 Pfg. do. Magnum bonum 100 Pfd. Mk. 2.10, Fass 30 Pfg.**

**Karl VOSS, Holstenstrasse 27.**

## Brauerei Fackenburg.

Einladung zum **Konzert und Ball** am Freitag den 22. September 1905.  
Anfang 7 Uhr. Ende morgens. Hierzu ladet freundlichst ein Die Bedienung.

## Reste

und ein großer Vollen feiner wolleener und halbwollener Kleider für **halben** Preis.  
Neu eingetroffen: Möbelstoffe, Samte, Parchende, ff. Schürzenstoffe. Eine größere Sendung hochfeiner Elsässer Hemdentuch empfiehlt

**H. Dobberstein**  
Huxstraße 47.

Die Arbeiter-Garderoben aus dem Spezial-Geschäft von **Otto Albers** Kahlm. Markt 4

sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung und sehr billige Preise. U. A.:  
Lederhosen . . . 1,80—6,45  
Waurerhosen . . . 2,60—6,75  
Schlofferhosen . . . 1,88—5,25  
Ueberziehhosen . . . 0,88—2,35  
Bwirm-Hosen . . . 1,38—3,25  
Leinene Jaden, schräge und gerade, 1,25  
Kajen, Semden, Schlachterjaden, Feislerjaden, Waler-Mäntel erstaunlich billig.  
Mützen von 80 Pfg. bis 1,88 Mt.

**Passend für Brautleute!**  
Billig zu verkaufen:  
1 sehr schönes Sofa  
4 Stühle  
1 Vertikow  
1 Sofatisch  
2 Bettstellen mit Matraze  
1 Kleiderschrank  
umständelhalber für annehm. Preis.  
**Johannisstr. 23, I.**  
kann auch bis Abnahme lagern.

Einladung zum **BALL** der **Tabakarbeiter** unter gütiger Mitwirkung der Sänger der ehemaligen Liedertafel der Tabakarbeiter am Sonntag den 24. Septbr. im „Vereinshaus“  
Johannisstraße 50—52.  
Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.  
Eintritt 50 Pf., einzelne Damen 20 Pf.  
Das Komitee.

**Panorama** Breitestraße 53, 1. Etg. Neu aufgenommen: **Französ. Schweiz** von Genf zum Matterhorn. Jeden Tag von 11—10 Uhr geöffnet.

## Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

(Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.)

Zweiter Tag.

Vormittags-Sitzung.

Jena, den 19. September 1905.

Nach 9 Uhr eröffnet Singer die Verhandlungen wieder und teilt Begrüßungsgramme mit vom Exekutivkomitee des internationalen Sekretariats (Anseele, Wandervelde und Fuchsman), von der ungarischen Sozialdemokratie und der Redaktion der „Zitka“.

Der Vors. Singer stellt einen genügend unterstützten Antrag zur Beratung, die jüngsten Preßstreitigkeiten zwischen dem „Vorwärts“, der „Neuen Zeit“ und der „Leipziger Volkszeitung“ einer Kommission von 15 Mitgliedern zur Berichterstattung an den Parteitag zu überweisen und sie damit aus der Diskussion über den Vorstandsbericht vorläufig auszuschalten.

Zur Begründung führt Stolten, Hamburg aus: Wir dürfen nicht zulassen, daß dieser Preßstreit sich ins Endlose fortspinnst, der Parteitag muß eine Entscheidung treffen. Daran haben sowohl die mit mehr ehrsüchtigen als die mit mehr ökonomisch-historischem Interesse (Hetterkeit) das allergößte Interesse. Wenn wir über hier ohne genügende Grundlage diskutieren, so liegt die Gefahr vor, daß sich alles auf die Frage auflöst: Wer trägt den größten Teil der Schuld? Das aber wäre sehr bedenklich. Vielmehr sollten wir fragen, auf welche Weise diesen unerquicklichen Dingen in Zukunft ein Ende gemacht werden kann und die vergangenen Dinge ruhig vergangen sein lassen. Eine gründliche Diskussion erfordert, daß das stützige Material Stück für Stück durchgegangen und genau erwogen wird. Das ist nur bei kleineren Kreise, wo man sich Auge in Auge gegenübersteht und beide Seiten Rede und Antwort auf unmittelbare Fragen stehen müssen, denen in einer Diskussion leicht ausgewichen werden kann.

Wolderst, Berlin II unterstützt den Antrag Stolten. Die Leipziger und Berliner Genossen als die leidtragenden Objekte bei diesem Streite seien mit dieser Anregung durchaus einverstanden. Wenn man im Plenum die Diskussion der Frage beginne, würde vielleicht der Parteitag zu ihrer Erledigung nicht ausreichen. Später in der Kommissionsverhandlung werde die Diskussion in einer Form vor sich gehen, von der die Partei Vorteil haben werde und unter der nicht andere Verhandlungen leiden würden.

Der Parteitag beschließt mit großer Mehrheit nach diesem Antrage. Für die 15er-Kommission liegen zwei Vorschlagslisten vor. Sie enthalten folgende Namen:

1. Dieß, Stuttgart, Haase, Königsberg, Stolten, Hamburg, Ernst, Berlin, Wolderst, Berlin, Kleemann, Leipzig, Seeger, Breslau, Schwarz, Albed, Schmitt, München, Frank, Mannheim, Sperla, Stuttgart, Ebert, Bremen, Dittke, Wader, Berlin, Hengsbach, Köln und Noth, Breslau.

2. Haase, Königsberg, Hoffmann, Berlin, Reiter, Hannover (lehnt ab), Stolten, Hamburg, Sindermann, Dresden, Rosa, Luxemburg, Friedmann, Schulz, Bremen, Löbe, Breslau, Stadthagen, Niederbarnim, Schmitt, München, Luise Dieß, Hamburg, Huh, Leipzig, Wolderst, Berlin, Frank, Mannheim und Dieß, Stuttgart.

Vors. Singer schlägt vor, die Listen drucken und verteilen zu lassen und während der Mittagspause abzustimmen.

Webel bittet im Interesse einer rascheren Arbeit der Kommission sofort über die Listen en bloc abzustimmen.

Abg. Dr. Südekum ist durch die Vorschlagslisten überrascht und möchte bis zur Mittagspause den Delegierten Zeit gelassen sehen für weitere Vorschläge geeigneter Kräfte.

Abg. Richard Fischer, Berlin bittet, die erste Liste, die die verschiedenen Gegenden des Reiches gebührend berücksichtigte und nur allbewährte, am Streik unbeteiligte Genossen enthalte, ohne weiteres anzunehmen.

Wolderst, Berlin und Webel unterstützen diesen Vorschlag. Südekum zieht seinen Widerspruch zurück. Der Parteitag stimmt mit sehr großer Mehrheit der ersten Vorschlagsliste zu.

Es folgt Punkt 2 der Tagesordnung: Geschäftsbericht des Vorstandes.

Im Zusammenhang mit ihm werden beraten die Resolutionen betr. das Redeverbot gegen Jaures, Adler und Greulich, betr. die Fleischsteuerung und betr. die Friedens- und Freundschaftserklärung der englischen Parteigenossen und Gewerkschaften, deren Wortlaut bereits mitgeteilt ist; ferner zwei Anträge aus Kattowitz und Bremen, die das Scheitern der Einigungsverhandlungen mit der Polnisch-Sozialistischen Partei bedauern und ihre Wiederaufnahme fordern.

Als Berichterstatter erhält zum Vorstandsbericht Abg. Stoltenbühr das Wort: In dem schriftlichen Bericht, der ihnen vorliegt, schrieb ich, daß die Genossen im Lande sich selbst rednerisch üben und ausbilden könnten und sollten. Dagegen ist mancher Widerspruch laut geworden; man hat eingewendet, daß bei einer besseren Verteilung der Redner durch den Parteivorstand überallhin geschulte Agitatoren gesandt werden könnten, das ist aber ganz unmöglich. Auch die großartige Bewegung gegen das Buchhausgesetz war nur dadurch möglich, daß die Empörung des Volkes in der Mitte der Genossen eine Reihe von Rednern wachte, die bei der Agitation mithalfen. Ueberhaupt beruht ein gut Teil unserer Agitationskraft auf der mündlichen Rede, dem Herangehen der Gleichgültigen, zu denen unsere Presse noch nicht dringt, zu den Versammlungen. So muß auch unsere Bewegung gegen die Fleischsteuerung bei unseren Genossen damit einsehen, daß überall in jeder Stadt und jedem Dorf Monat für Monat verkündet wird, wie die Regierung den Agrariern zu liebe die Steuerung herbeigeführt hat. Wie einst nach den Caprivischen Handelsverträgen die Junker die Bauernrebellion entfesselten, Sturm liefen gegen die herabgeminderten Zölle, so müssen wir ohne Säumen den Kampf gegen die neuen Zölle führen. Ist doch die jähige Fleischsteuerung nur die Duverture der junkerlichen Lebensmittelverteuerungspolitik, jener Politik, die bei der Unfähigkeit der Landwirtschaft die ganze raschwachsende Volkmenge auszunehmen, zu einer Deprimierung unserer Volks führen muß. Schon jetzt hat man durch Grenzperren die Bleipresse künstlich verteuert, um nachher den Zörlchen einreden zu können, daß nicht durch die Zölle die Preise gestiegen seien. Uebrigens haben alle diese Grenzperren nicht verhindert, daß in Deutschland weitverbreitete Viehseuchen wütheten. Wie aber die jähige Fleischsteuerung nur ein Vorpiel für künftige größere ist, zeigt eine einfache Ueberlegung: Durch die Maßzölle wird die Schweinefütterung so verteuert, daß jeder Zentner Schweinefleisch 14 Mark teurer zu stehen kommt. (Hört, hört!) Aber freilich die Agrarier geben sich der größten Freude darüber hin, daß ein Teil der Bevölkerung auf Fleischnahrung verzichten muß oder einen übermäßigen Teil ihres kleinen Einkommens für sie verwenden müssen. Die hohen Späße des Landwirtschaftsministers sind ja nur der Ausdruck, der Ausdruck dieser Fröhllichkeit. Demgegenüber müssen wir mit einer unablässigen Agitation zur Aufhebung der Fleischzölle einziehen. Ist doch unsere Situation viel günstiger, als die der Agrarier bei ihrer Agitation. Sie mußten einen Bruch der Handelsverträge fordern, der Deutschland in der Weltpolitik unmöglich gemacht hätte. Wir aber verlangen nur eine Zollherabsetzung, eine Zollbeseitigung, der kein Handelsvertrag entgegensteht. In diesem Sinne bitte ich Sie um Annahme der Resolution.

Sehr modern sind unter den freizwachsenden Mäslungen die Schiffsbauten, denn an ihnen wird sehr viel verdient

brechen — ein Fall, der fast jede Woche in den verschiedenen Minen vorkam. Die Gegend war, trotz dem weiten ebenen Tal, außerordentlich pittoresk, denn eingeschlossen von vortrefflich bewaldeten, mit Fiefern, Eedern und Eichen besetzten Bergen, bot diese grüne Flut einen reizenden Anblick für das Auge, ja die bunten, unter den einzelnen Baumgruppen umher gestreuten Felte dienten nur dazu, das Bild lebendiger zu machen. Wohin dabei der Blick fiel, traf er an den ringum niederlaufenden Hängen diese ruhigen Weinwandhäuser, vor denen oberhalb und nachts die Lager- und Kochfeuer flammten und gar abenteuerlich und wild gegen die düsteren Schatten der Wände abklangen — war es doch auch ein abenteuerliches und wildes Leben, das die Bewohner derselben führten. Sie aber sahen die Sonne hell und klar auf die grüne wundervolle Waldung, auf das freundliche, menschenbesetzte Tal nieder, und wer plötzlich von den umliegenden Bergen daherein gestiegen wäre, ohne zu wissen, was sie da unten trieben; wer nur das traumliche, von den grünen Hängen eingeschlossene, von der Welt scheinbar abgegliederte Fleckchen Welt so vor sich gesehen hätte, von selber würde er ausgerufen haben: Ein Paradies! —

Ja, Gottes Welt ist schön und die Natur ein Tempel überall, wenn ihn die Leidenschaft der Menschen nur nicht so oft entweihte. Und nur ein entweihetes Heiligum war denn auch dieses Tal, denn die Natur nichts verlagte hatte, ein wirkliches Paradies zu werden — aber die Menschen darin gruben nach Gold!

Das war ein Leben und Treiben überall! — aus allen Tälern und Bachbetten heraus wüthete das wunderbar klappernde, raschende Geräusch der sogenannten Wiegen oder Waschmaschinen, und wo man hinunter sah, standen Gruppen von Männern, die schweren Spitzhaden in der nervigen Fäusten, den harten Boden damit aufzureißen. Und hin und wieder jagen die Scharen von Kommenden und Gehenden! — So Viele durch das Geräusch der reichen Minen auch

Um sie zu begründen, muß man immer in Deutschland eine Kriegsgeschrei erheben, es immer als von Feinden bedroht hinstellen. Dazu das Bonlanger-Geschrei, die Zweifrontentheorie, die ja nun mit dem Zusammenbruch des Reichstums wohl endgiltig zusammengebrochen ist. Aber merkwürdig: während im Jahre 1887 die Regierung der Reichsbank die Bombardierung russischer Papiere verbot, kündigt jetzt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ dem Regierungsrat Martin für den Nachweis, daß Rußland vor dem Staatsbankrott stehe, ein Disziplinardersahren an. Mit deutschem Gelde, so will die Regierung, soll Rußland sich von neuem rüsten können, damit gegen die dann drohende Gefahr Deutschland Gegenstützungen treffen muß. Unausführlich muß die Diplomatie gespannte Situationen „schaffen“, um außerordentliche Militär- und Marineforderungen begründen zu können. Ein Beispiel bietet der Marokkokonflikt. Im Frühjahr 1904 — schon damals erörterte der Reichstag das Marokkokommen — erklärte Fürst Bülow, es wäre unverantwortlich, Deutschland ohne Not in Abenteuer zu führen. Inzwischen sind wir mitten hineingeraten. Aber wie schon Schelling gesagt hat, eine neue Philosophie könne eine neue Nation schaffen, so kann der Internationalitätsgedanke der Arbeiter eine neue Nation aus allen Völkern schaffen. Die Diplomatie ist von jeher gewohnt, sich so zu stellen, als würde sie vom Volke zum Kriege gedrängt. Um so lauter müssen wir bekennen, daß wir solchen Treiben fern stehen, daß wir im Arbeiter des fremden Landes den Bruder sehen, mit dem uns gemeinsame Interessen verbinden, der gemeinsame Kampf für höhere Ziele. Die englischen Arbeiter sind uns im Ausbruch ihrer Friedensliebe voran gegangen, Pflicht der Höflichkeit und Pflicht gegenüber der Öffentlichkeit ist es, ihr von dieser Stelle aus zu antworten.

Freilich auch die Regierungen betonen fortwährend bei jedem Monarchenbesuch und in jeder Rede ihre Friedensliebe. Als Jaures aber in Berlin für den Frieden demonstrieren wollte, schrieb ihm Fürst Bülow den bekannten Brief. Er wollte wohl die Rede nicht direkt verbieten, weil er fürchtete, man werde bei solcher Unterdrückung des freien Wortes in Deutschland zu dem Glauben kommen, ein fremder Einfall müßte in Deutschland wie eine Befreiung erscheinen. Jedenfalls haben wir die Pflicht, auch gegen diesen Akt der Regierung wie gegen die Redeverbote in Konstanz mit aller Energie zu protestieren.

So erleben wir in der Gegenwart in der inneren wie in der äußeren Politik recht sonderbare Schwankungen und Erschütterungen. Man sollte glauben, daß in solcher Zeit alle Sozialdemokraten mit aller Kraft arbeiten müßten, um unseren Einfluß auf die Ereignisse zu sichern. Aber namentlich unter den jüngeren Parteigenossen ist eine gewisse Mißstimmung eingedrungen, der Glaube, als ginge neuerdings ein Riß durch die Partei. Aber ohne gewisse Gegenstände ist die Partei nie gewesen. Darum sollte man sich doch auch vor Augen halten, daß nicht jeder wissenschaftlich oder programmatisch unhaltbare Satz in einer Rede oder in der Presse die Partei sofort zu grunde richtet. Hat doch einst die ganze Partei mit falschem Programme die Interessen des Proletariats richtig vertreten. Trotz mangelhafter theoretischer Durchbildung sind die Sozialdemokraten gute Kampfgesossen im Streite gewesen. (Lebh. Zustimmung.) Wäre aber Marx' Brief zum Gothaer Programme schon 1875 — statt, wie es wirklich geschah 1892 — veröffentlicht worden, so hätte vielleicht die wissenschaftliche Kritik zersprengt, was Tessenhorst Brutalität zusammengefaßt. Die Erscheinungen des Streites innerhalb der Partei sind immer dieselben geblieben, nur die Namen haben gewechselt. Erst nannte man die theoretisch Schwachen Sozialisten, dann Dühringianer, Positivisten, Opportunisten, Revisionisten und jetzt gar ehrsüchtige Genossen. (Hetterkeit). Wenn wir früher als junge Leute in die Versammlungen gingen, redete manchmal auch einer Dinge, daß uns die Haare zu Berge standen, aber öffentlich suchten wir ihn möglichst gut herauszubauen. Erst auf dem Nachhauseweg nannten wir ihn wohl Gel,

hergeleckt sein mochten, so Viele fanden sich auch wieder entläßt — fanden wenigstens nicht das, was sie gehofft, und andere Märchen, von Nachbarminnen in Umsauf gefetzt, machten die leicht Beweglichen bald wieder ihr Bündel schnüren, diesen zuzuwandern. Gingen doch damals gerade, und noch bis auf den heutigen Tag sogar, dumpfe, unbefruchtete Sagen von einem Goldsee oben in den Bergen, den wenige Glückliche zufällig aufgefunden, und der unermeßliche Schätze bergen sollte.

Den Weg, der sich an ziemlich rauhen Felsen hin das Tal herauf wand, aber doch von den herben und schweren Auswärtigen der Amerikaner befahren wurde, kam eine neue Karawane anmarschiert, und zwar neben dem ihr Gepäck tragenden Wagen in aller Bequemlichkeit der eben nicht beschwerlichen Straße folgend. Die Gesellschaft schien bunt genug zusammengefaßt und dankte auch ihre Vereinigung keineswegs freiwilliger Wahl, denn allein das Gemisch ihrer Gepäcks hatte sie eben nur für die kurze Zeit der Reise an einander gebunden. In Stockton nämlich fanden eine Menge dieser Fuhrwerke dadurch außerordentlich einträgliche Beschäftigung, daß sie das Gepäck der in die Minen Ausbrechenden, die es natürlich nicht selber den langen Weg tragen konnten, transportierten. War die Gesellschaft nun groß genug, einen besonderen Wagen zu füllen, so hatte die Sache weiter keine Schwierigkeiten und sie konnten ungestört aufbrechen; bestand sie aber nur aus wenigen Mitgliedern, so mußten diese so lange warten, bis sich noch andere dazu fanden, die in dieselben oder doch wenigstens in benachbarte Minen wollten. Da übrigens die zukünftigen Goldwäscher selten ein festes bestimmtes Ziel hatten, dem sie zustrebten, und an einem Platz ihr Glück gut versuchen konnten wie an dem andern, so ließen sie sich auch garnicht selten durch gerade solche, nach irgend einem Punkte reisefertigen Fuhrwerke bewegen, ihre Richtung auch dorthin zu nehmen, und sobald die Ladung voll war, wurde aufgedrückt.

## Gold!

Ein Kalifornisches Lebensbild.  
Von Friedrich Gerstäcker.

(30 Fortsetzung.)

Den Namen ausgenommen, trat das „Paradies“ aber mit außerordentlich geringen Ansprüchen auf. Die ganze kleine Stadt bestand aus einer einzigen, etwa vierhundert Schritte langen Straße. In der sich alle Kaufleute gesammelt hatten, während die „Vorstädte“ durch einzelne und unordentlich in der Nachbarschaft derselben umhergestreute Felte und Buschhütten gebildet wurden. Nichtsdestoweniger war der kleine Staat hier in der Bergwelt schon organisiert und ein Friedensrichter und Sheriff erwählt worden, während vor dem Felte des ersteren, als Zeichen seiner Würde, das Stern und Streifen-Banner der Vereinigten Staaten lustig im Winde flatterte. So oft trieb aber natürlich jeder, was ihn freute; Steuern und Abgaben gifferten nicht, und der Friedensrichter oder alcalde, wie man ihn auf Kalifornisch nannte, mußte sehen, wie er seinen mutmaßlichen Gehalt durch allerlei Sporteln und andere zufällige Einkünfte herauszuschlug.

Das „Paradies“ bildete solcher Art nur den Mittelpunkt der hier plötzlich von allen Seiten in Angriff genommenen Minen — den Ort, in dem sich nur ein Tal der wirksamen Goldwäscher für den Augenblick niedergelassen hatte und von wo die benachbarten Miner ihre Lebensmittel beziehen konnten — so lange sie es eben für gut fanden, in der Nachbarschaft zu bleiben. Weiter war überhaupt niemand an den Boden in einer solchen „Stadt“ gefesselt, und selbst die wenigen Händler, die sich hier Bretterbuden zu ihrem Warenlager aufgeschlagen, konnten durch die Gewisheit eines reicheren Platzes in der Nachbarschaft bewegen werden, augenblicklich zusammenzupacken und dorthin aufzu-

Schaf und Hindbleh (Fetterkeit!); aber auch so weit sind wir nie gegangen, ihn ehrsüchtig zu nennen. (Stürmische Fetterkeit). Zu dem erfolgt jetzt die Parteirettung meist in ganz anderen Gegenden als die Entgehung. Auch deshalb ist der Bank der Arbeiter so widerlich geworden. (Viel-faches Sehr richtig!)

Wol. Singer erucht den Redner, nicht näher auf das der Kommission vorbehaltene Gebiet einzugehen.

Mollath (Berichterstatter) forsührend: Jedenfalls müssen sich bei diesen Parteirettungen alle Beteiligten über die Aufgaben der Partei klar sein und darüber, daß das höchste Gut der Partei die Einigkeit ist.

Viele Leute glauben an eine Gefahr, die der Partei von den Gewerkschaften drohe: wie der Charaktismus durch die Trades Unions, so soll die Partei bedroht sein, durch die Gewerkschaften lahmgelegt zu werden. Ich will nicht erörtern, ob der Charaktismus nicht an seinen eigenen Mängeln zu Grunde gegangen ist; jedenfalls liegen die Verhältnisse in Deutschland ganz anders. Vielleicht waren früher die kleinen Gewerkschaften mehr sozialistische Diskussionsclubs, als heute, wo sie besser ihrer wirklichen Aufgabe genügen, die ihnen durch Statut und Satzung vorgeschrieben sind: innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft; den Streik gegen die Kapitalisten zu führen. Heute kann man sich nicht wie damals über die Grenzen der gewerkschaftlichen Macht Funktionen machen. Heute hat man eine ganz ungeheure Menge von Staatsarbeitern, heute schränkt die Syndikate die Freiheit des Arbeitsvertrages — und der Produktion — so ein, daß die liberalen Professoren Schmöller, Wagner usw. zur Verzweiflung getrieben werden, kurz, heute werden die Gewerkschaften unaußersächlich auf politische Gebiet gestossen, eine solche Entgehung wie in England ist jetzt nicht mehr möglich, umso weniger, da in Deutschland die Gewerkschaften noch um ihre Existenz kämpfen müssen. 3/4 der gesamten Stahlproduktion haben jetzt die Stahlwerksverbände organisiert, und wie sie selbst sagen, ohne Mühe mit Hilfe von Schuftern und Schneidern. Da werden wir Sozialisten die Produktion wohl durch Fachmänner noch besser leiten. So können wir wohl die Situation aufs Beste für uns ausnutzen, alle Angelegenheiten abschlagen und weiter vorwärts bringen, wenn wir einzig in Agitation und Organisation sind. Wenn wir das erkennen, können wir unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen Fortschritte machen wie in keiner anderen Zeit. Wir werden in einigen Jahren die Partei verdoppeln können, wenn wir uns unserer Pflichten voll bewusst sind und ihnen vollen genügen. (Beifall langanhaltender Beifall.)

Vorsitzender Singer teilt mit, daß der Antrag betreffend die Fleischsteuer in folgender Weise modifiziert worden ist:

Große Schichten der Bevölkerung Deutschlands leiden mehr als jemals unter einer furchtbaren Verteuerung der Fleischnahrung, die sie auf das Schwerste bedrückt und zu dauernder Mangelernährung verurteilt. Dieser Zustand, der die verhängnisvollsten Folgen für die körperliche und geistige Entwicklung des Volkes zeitigt, ist die Wirkung der agrarischen Politik, die seit Jahren die herrschenden Klassen und, von ihnen gedrängt, die Regierungen allen Mahnungen und Warnungen zum Trotz betreiben.

Der Parteitag verurteilt diese Elend und Verderben bringende Politik; er brandmarkt besonders die Einfuhrverbote, die gegen ausländisches Fleisch unter dem Vorwande seiner Gesundheitschädlichkeit erlassen wurden, — einem Vorwande, der um so haltloser ist, als der ungeheure und massenhafte Genuß desselben Fleisches in anderen Ländern bisher niemals zu Gesundheitschädigungen geführt hat. Daß ferner preussische Minister die Forderung, schleunige Maßnahmen zur Verbilligung der Fleischnahrung zu treffen, mit einer an Feilheit grenzenden Beifertigkeit zu beantworten für gut befanden, hat den tiefsten Unwillen des Volkes erregt und wieder einmal den Charakter der preussischen Regierung als geschäftsführenden Ausschusses des Groß Grundbesitzes bestätigt.

Der Parteitag verlangt, daß sofort die Grenzen des

In solcher Weise hatte sich denn auch hier, einzig und allein im Interesse ihrer Gepflogenheiten, eine sehr gemischte Gesellschaft aller möglichen Nationen zusammengefunden, die, meist alle in Hemdsärmeln, ihre Fäden oder Räder auf den Wagen geworfen, neben diesem plaudernd und lachend herwanderten und nur dann und wann stehen blieben, um die in der Nähe des Weges arbeitenden Gruppen zu beobachten — war es doch ein Bild ihres eigenen künftigen Lebens.

Und wunderbar genug sahen diese Gruppen aus: Hier gleich unter dem Weg, der um einen Felsenvorsprung herumzog, während der Bergstrom etwa zwanzig Fuß tiefer darunter hinschoß, arbeiteten drei Negere und ein Mulatte zusammen, und hatten sich ein tiefes Loch in die Bank hineingehackt, aus dem vor sie die goldhaltige Erde zum Wasser schleppten; etwa hundert Schritt weiter oben wühlten sich drei Weiße, augenscheinlich Jemen, in den harten Boden hinein; über diesen arbeiteten Mexikaner mit ihren flachen Holzschüsseln und kurzen Besen, und noch weiter oben dämmte eine größere Gesellschaft von Amerikanern den ganzen Bergstrom zur Seite, und gab ihm dadurch auf kurze Strecken ein anderes Bett, um in dem alten nach Schätzen zu suchen.

Aber auch das „himmlische Reich“ hatte seine Söhne herübergeschickt, die kalifornische Erde aufzuwühlen. Noch etwas weiter oben, wo sich das Tal verengte und der Bergstrom so nach seinem rechten Ufer hinüberdrängte, daß ihn der Weg kreuzen mußte, arbeitete ein kleiner Trupp Chinesen in ihren blaunummwollenen geräumigen Säcken und kurzen weißen Hosen.

Einer zeichnete sich hier besonders von den übrigen, nicht etwa in der Kleidung, aber doch in seinem ganzen Wesen aus und schien der Anführer der Schar zu sein. Ungewöhnlich groß und stark für diesen, sonst eher kleinen und schwächlichen Menschen, hatte er vorzüglich einen wunderschönen, langen schwarzen Bock, der ihn aber bei der Arbeit hinderte und den er deshalb, das untere Ende zusammengezwängt, in der linken Sackentasche trug. Gerade als der Wagen vorbeifuhr, war er ihm einmal herangeritten, und er legt nun seine Spitzhüte nieder, wusch sich erst die Hände und brachte dann dieses Fellstück des Chinesen wieder sorgfältig an seinen früheren Platz zurück.

(Fortsetzung folgt.)

Welches unter Anwendung berechtigter Vorsichtsmaßregeln gegen die Einschleppung von Tierseuchen der Einfuhr von Bleh geöffnet und die als Einfuhrverbot für ausländisches Fleisch wirkenden Bestimmungen des Fleischschau-Gesetzes sowie die Bülle auf Bleh, Fleisch und Futtermittel aufgehoben werden.

Der Parteitag verlangt ferner, daß in den Gemeinden die noch bestehenden Lebensmittel-Ausschlüsse aufgehoben werden, und daß der Bundesrat und der Reichstag ebenfalls das Verlangen einiger Städte, die Einfuhrung des § 13 des Fleischschau-Gesetzes bis zum Jahre 1917 zu ver-schieben, entschieden ablehnen.

Der Parteitag fordert endlich die in der Gemeinde-verwaltung tätigen Genossen auf, die Gemeinden zu ver-anlassen, daß sie die Fleischversorgung in eigener Regie organisieren.

Vorsitzender Singer begrüßt M. Mec. Prag als Ver-treter der russischen Partei, der den Verhandlungen als Gast anwohnt.

Gerisch gibt den Kassenbericht. Im vorigen Jahre hatten wir den günstigen Kassenabschluss seit Bestehen der Partei. Aber auch dies Jahr zeigt einen weiteren Fort-schritt von 100 000 Mt., ein Zeichen für die weitere Aus-dehnung und innere Festigung der Partei. Unsere Finanzen erwecken den Neid unserer Gegner. Die „Freie deutsche Presse“, die ehemalige „Freisinnige Zeitung“ widmet unseren Finanzen einen langen Artikel. Man spricht, wie dem Ar-tikelschreiber das Wasser im Munde zusammenläuft bei un-seren Finanzen und der Artikel schließt: „Geht hin und tuet desgleichen!“ Bei der absterbenden freisinnigen Partei wird es damit gewiß gute Wege haben. Durch das neue Organisationsstatut werden sich unsere Finanzen hoffentlich noch weiter bessern. Auch die Entwicklung der Parteipresse ist durchaus günstig. Die Zahl der Zeitungen, die Abon-nenten verloren haben, ist von 15 auf 5 zurückgegangen mit einem Abonnentenverlust von 2100. Diesen minimalen Ver-lust gegenüber haben alle Blätter Abonnenten gewonnen und zwar 58 000 neue Abonnenten. Wenn es und gelingt, Mittel zu finden, gewisse Erscheinungen in unserer Presse zu entfernen, so wird die Entwicklung sich noch günstiger ge-stalten.

Meißner-Hannover gibt den Bericht der Zentral-kommission, in dem er über einzelne, des allgemeinen Inter-esses entbehrenden Beschwerdefälle berichtet und die Ent-scheidungen der Kommission in den Beschwerdefällen — meist sind Ausschlüsse aus der Partei Gegenstand der Beschwerde — rekapituliert. Die Mühlhauener Streitaffäre habe die Kontrolleure Jahre lang beschäftigt. Emmel habe im bür-gerlichen Gerichtsverfahren den Sieg über seine Gegner er-stritten, er sei wegen der Anklage des Betruges freigesprochen worden. Die Kontrollkommission hat daraufhin entschieden, daß die Gegner Emmels, Witzbecher und Mühlbäumer, wie es der Mühlhauener Wahlverein schon getan habe, aus der Partei ausgeschlossen werden. Hoffentlich sei damit die leidige Angelegenheit erledigt. An Emmel aber sei die Mahnung zu richten, künftig solche grobe Verstöße gegen die Partei, wie er sie verübt habe, zu unterlassen. Dem Vor-stand bitte er Decharge zu erteilen, da alle Parteimitglieder in schönster Ordnung befanden worden sind. Auch die Kassenführung war noch keiner Mängel zu beanstanden. Die Kassenführung hat aber einen so großen Umfang angenom-men, daß eine Kraft der Aufgabe nicht mehr gewachsen ist. Die Kontrolleure beantragen deshalb, daß der Vor-stand nicht, wie der Genosse Kautsky will, durch ein ganzes Sammeljurium ergänzt werde, sondern durch eine weitere Person, die sich mit Gerisch in die Kassenangelegen-heiten teile.

Redner gedenkt schließlich des verstorbenen Genossen Pfarr, der in die Kontrollkommission anstelle des verstorbenen Meißner gekommen war.

Vorsitzender Singer schließt sich dem ehrenden Nach-ruf auf den verstorbenen Genossen Pfarr an. Die Partei-tagsmitglieder ehren den Toten durch Erheben von den Plätzen.

In der Diskussion erhält das Wort Graf-Hanau. Er begründet den Tadel, den die Hanauer Genossen in einer Resolution den sozialdemokratischen Reichstagsmitgliedern ausgesprochen haben, weil bei der entscheidenden Abstimmung über die Handelsverträge 28 Abgeordnete ohne zwingenden Grund gefehlt haben.

Wol. Singer erklärt, daß diese Frage zum Bericht über die parlamentarische Tätigkeit gehöre.

Friedrich-Darmstadt: Wir haben durch unser Kom-promiß bei den Gemeinderatswahlen weder in tatsächlicher noch in prinzipieller Hinsicht einen Verstoß begangen. Es lagen eben tatsächliche Verhältnisse vor, die sich von Berlin nicht ohne weiteres beurteilen lassen. Gegen ein großes Bündnis der National Liberalen mit allen anderen Parteien zu dem Zwecke, uns vom Rathaus fernzuhalten, haben wir uns mit einigen freisinnigen Bezirksvereinigern zusammengetan, doch so, daß wir selbstständig unsere Stimmen zählen konnten. Das war — entgegen dem Vorstandsbericht — kein verwerfliches Kompromiß.

Prof. Ludwigschäfer: Mollenburg hat ganz recht, daß man sich vor allem an die ehrsüchtigen Redner halten soll. Wir haben in der Pfalz dadurch manches verborgene Weisheit entdeckt. (Heiterkeit) Wir haben ohne Partei-angefährde, ohne Akademiker, ohne Theoretiker, ohne aus-wärtige Redner, kurz ohne alles, was die Genossen anders-wo haben (Heiterkeit), 5964 Genossen in 68 Organisationen zusammengebracht und 6 Landtagsabgeordnete ins Parlament hineingewählt. (Bravo!) Das leistet nur ruhige und zähe Organisationsarbeit.

Adelung-Mainz verteidigt das Kompromiß der Mainzer Genossen bei der Gemeindevahl mit den Besonder-heiten des Pfälzertums und versichert, daß die Agitation dort prinzipiell geführt worden sei.

Müller-Röln bittet den Parteivorstand, für die Er-werbung des Bürgerrechts durch die Genossen zu sorgen. Fast 10 Proz. Genossen könnten mehr an den Gemeindevahlen teilnehmen, wenn sie alle das preussische Staatsbürger-recht hätten. Sehr nützlich würde ein literarisches Bureau wirken, das den Verleumdungen und Lügen der Zentrums-presse nachginge.

Säbelum-Berlin: Wir dürfen bei der Bekämpfung der Freiheit nicht nur im liberalen Fahrwasser segeln und auf die Aufhebung der Grenzsperrern und Bülle, eventuell noch auf eine Reform der Eisenbahntarife dringen, sondern

wir müssen nach dem Vorbilde der Berliner Genossen im Stadiparlament mit aller Energie für die Kommunalisierung der Fleischversorgung eintreten. Die Aufhebung der baltischen Fleischzuschläge müssen wir sofort fordern und dürfen sie unter keinen Umständen bis 1917 hinausschieben lassen, wie der geniale Wahlrechtsverächter Oberbürgermeister Weutter von Dresden verlangt. Dieser Herr hat nämlich als sächsischer Finanzrat entdeckt, daß diese Fleischsteuer weder Produzenten noch Konsumenten belastet. (Heiterkeit) Wir aber müssen diese „Steuer aus der vierten Dimension“ be-freien.

Verf. Berlin schlägt vor, am Schlusse der Freundschaftsresolution an die englischen Arbeiter nicht das Bedauern auszusprechen, daß die englische Arbeiterklasse sich solange nicht politisch selbstständig gemacht habe, sondern die Freude darüber, daß sie jetzt kräftig auf dem Wege dazu sei: Bei der nächsten Wahl wurden mindestens 30-40, wenn nicht 50 Abgeordnete ins Parlament gewählt werden und durch die Logik der Dinge eine sozialdemokratische Fraktion sein.

Bunzlö-Frieberg beklagt sich über die Vernachlässigung der kleineren Orte bei den Agitationsreisen bekannter Genossen.

Frohder-Mainz schließt sich den Ausführungen Ade-lung über die Mainzer Wahlvorgänge an.

Sell-Mühlhausen behandelt den Streit Emmel-Witzbecher.

Brunns-Kattowitz behandelt die Verhältnisse in Oberschlesien; die beiden Organisationen, die polnische und die deutsche, arbeiteten ziemlich einträchtig zusammen, es seien aber bedeutend größere Mittel für Oberschlesien nötig. Ein Weg zu neuen Einigungsverhandlungen mit der polnischen Organisation sei zudem nicht ausgeschlossen. Der Parteitag möge den Vorstand zu solchen neuen Verhandlungen er-mächtigen.

Der Ausflug nach Dornburg wird für Mit-twoch beschlossen.

Hierauf tritt die Mittagspause ein.

Für Walfeser ist vom Referenten H. Fischer-Berlin folgende Resolution eingegangen:

Die Walfeser ist eine zur Unterstützung der Klassen-forderungen und des Klassenkampfes des Proletariats so-wie zur Förderung des Volkslebens von den inter-nationalen Arbeiterkongressen beschlossene Demonstration, deren wirksame und würdige Gestaltung gemeinsame Auf-gabe aller politisch und gewerkschaftlich organisierten Ar-beiter ist. Als solche Klassen Demonstration wird sie vom Unternehmertum und den bürgerlichen Regierungen be-kämpft, aber dieser Widerstand kann für die Arbeiterklasse kein Anlaß sein, von der Durchführung der Walfeser ab-zusehen. In Uebereinstimmung mit den internationalen Arbeiterkongressen von Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893, London 1896, Paris 1900 und Amsterdam 1904 betrachtet die deutsche Sozialdemokratie die allgemeine Ar-beitsruhe als die würdevollste Form der Forderung. Der Partei-tag macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben anderen Kumbgebungen für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten und überall da, wo die Möglichkeit der Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit ruhen zu lassen.

### Aus Nah und Fern.

Seinem Richter entzogen hat sich der Wd.ber der am 12. September in der Hasenheide (Berlin) tot aufgefundenen Arbeiterin Marie Bloch, der Kaiserin Hermann Richter. Er wurde in einem Stalle des Schlütes We-demard bei Bärenklau, wo sein Schwiegervater angestellt ist, erhängt aufgefunden. Der Tod war erst kurz vor der Auf-sindung der Leiche eingetreten.

Automobilstrolche. Für den Koblenzer Bezirk war der Montag ein wahrer Schreckenstag. Auf der Land-straße zwischen Boppard und Koblenz überfuhr ein Automobil zwei Kinder, von denen eins getötet, das andere schwer verletzt wurde.

Militärjustiz. Vor den bayerischen Militär-gerichten wurde im Jahre 1904 gegen 2122 Per-sonen verhandelt. Verurteilt wurden 1980 und freigesprochen wurden nur 142 Personen. Bei zehn Personen wurde auf Zuchthaus-, bei 742 auf Gefängnisstrafe erkannt. Gegen fünf Angeklagte wurde Festungshaft, gegen 120 Haftstrafe ausgesprochen. Ueber 276 Angeklagte wurde strenger und über 251 mittlerer Arrest, in einem Falle gefängnisstrafe verhängt, und in 536 Fällen Gefängnisstrafe ausgesprochen. Nach Heaten ausgesprochen wurden 32 Personen wegen Miß-handlung von Untergebenen, wegen Verletzung und vorschriftswidriger Behandlung von Untergebenen sieben Per-sonen abgeurteilt, wegen tätlichen Angriffes gegen Vorgesetzte neun, wegen Verletzung und Ungehorsam gegen Wachen elf, wegen Feigheit einer, wegen Selbstverstümmelung und Vorwürfen von Gebrechen fünf, wegen unerlaubter Ent-fernung 57, wegen Fahnenflucht 63, wegen Ungehorsam und ausdrücklicher Verweigerung des Gehorsams 16, wegen Widerzeugung 12.

Soldatenopfer beim Kriegsspielen. Bei Saal an der Rhön wurde während des Wanders ein Artillerist von einem Geschütz überfahren; er war sofort tot. — Bei einem aus dem Mainber kommenden Automobil brach in Ehrenbreitstein beim Berg-fahren ein Rad. Ein Soldat, der das Fahrzeug leitete, blieb tot, das Fahrzeug rannte gegen einen eisernen Pfahl und ging in Trümmer. — Bei dem Wandern in Schwarzenfeld (Oberpfalz) ist nach Mitteilung der „Frank. Tagespost“ ein Sergeant des 11. Infanterie-Regiments in den Hauch geschossen worden. Die auf 150 Meter abgefeuerten Kugel ging durch die Patronentasche dem Betroffenen in den Leib und durchbohrte die Leber. Der Tod trat nach einer Stunde ein. Der unglückliche Schütze, der fünf scharfe Patronen verfeuert hat, ist ein Soldat vom 10. Infanterie-Regiment. Ob dies aus Bösartigkeit geschah oder ob bei der Patronenverteilung scharfe unter die blinden Patronen geraten sind, wird die Untersuchung ergeben.

Eine Explosion fand in Paris in der elektrischen Fabrik von Bopp statt, wodurch zwei Personen ge-tötet und 4 schwer verletzt wurden.